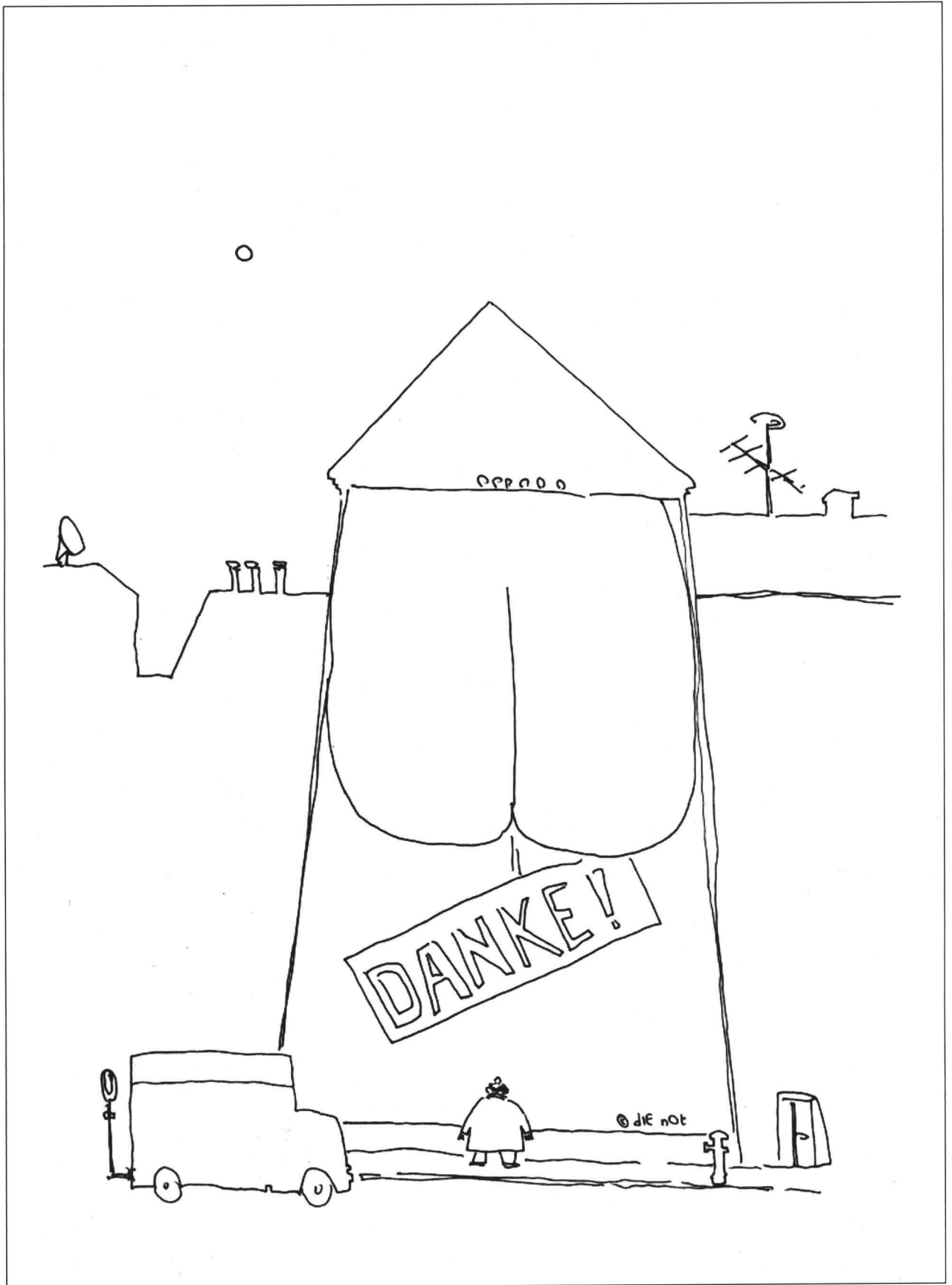


Text	2
ÖSTERREICH? FRANKREICH!	
Paradoxe Biographien	4
Wirre politische Seitenwechsel im Frankreich der 30er Jahre VON ALEXANDER SCHÜRMMANN-EMANUELY	
ISRAEL	
Wissenschaft als Kritik	8
Der israelische Historiker Benni Morris im Gespräch VON SAMUEL LASTER	
SUDAN	
Nubien unter Wasser?	10
Interview mit Suad Ibrahim Ahmed VON THOMAS SCHMIDINGER	
GUATEMALA – ÖSTERREICH	
Entgrenzte Konflikte	14
DIE REDAKTION	
ÖSTERREICH!	
Österreich Ist Frei	16
Wie in einem Land alles möglich sein kann VON PETER PIRKER	
ÖSTERREICH!!	
Hussein statt Sichrovsky	19
Die FPÖ wurde, was sie war VON HERIBERT SCHIEDEL	
ÖSTERREICH!!!	
Mitleid für Hitler	23
Georges Taboris <i>Mein Kampf</i> in der Meldemannstraße VON GERHARD SCHEIT	
ÖSTERREICH!!!!	
Der Krieg gegen die Minderwertigen	24
Zur Ausstellung des DÖW VON JUDITH GÖTZ	
NS-Medizinverbrechen	25
Über 30.000 Todesfälle ungeklärt VON HANS ROHRBACH	
HIER UND DORT	
Short Cuts	27
Neue Bücher: Johannes Agnoli, Israel & linksdeutsche Ideologie VON STEPHAN GRIGAT	
VIELERORTS	
Das Reich der Chasaren – Vor Erdogan	28
Neue Bücher: Chasaren-Reich, Islam & Türkei, muslimische Frauen VON THOMAS SCHMIDINGER	
Impressum	3



*Kleinmann kehrte von seinem Spaziergang äußerst beruhigt zurück
und dankte Gott dafür, dass die Dinge wieder im Lot waren.*

Liebe Leserin, lieber Leser!

Noch ganz knapp bevor wieder ein Jahr um ist, können wir mit einer neuen Ausgabe von Context XXI aufwarten und vielleicht auch einen vorläufigen Bogen über die Arbeit dieses Jahres spannen. Rechtsextremismus, Antisemitismus, Wehrmachts-Deserteure, NS-Medizin, Lateinamerika: Das waren zentrale Themen in den diesjährigen Ausgaben von Context XXI und sie finden sich in dieser Nummer wieder. Dass es diesmal im Besonderen um österreichische Verhältnisse gehen sollte, stellte sich erst im Zuge der Artikelsammlung heraus. Wie es dazu kam? Das sei den Spekulationen unserer LeserInnen überlassen! Anlässe gab es wohl genug...

Peter Pirker berichtet in seinem Beitrag „über eine Reise ins Innere Österreichs“

anlässlich des abenteuerlichen Versuchs, Entschädigungen für einen Wehrmachts-Deserteur zu erreichen. Die Abwendung Peter Sichrovskys von der FPÖ ist Anlass für Heribert Schiedel, eine Analyse des Antisemitismus in der FPÖ aber auch der Funktion, die Sichrovsky in diesem System ausfüllte, vorzunehmen. Die viel gelobte Inszenierung von Taboris *Mein Kampf* in der Meldemannstraße wird von Gerhard Scheit noch einmal genauer unter die Lupe genommen. Die Ausstellung des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands* „Krieg gegen die Minderwertigen“ auf der Baumgartner Höhe in Wien, die sich erstmals vor Ort der NS-Euthanasie widmet, wird von Judith Götz vorgestellt, Hans Rohrbach skizziert hierzu die

Geschichte der NS-Medizin „Am Steinhof“ und die Entwicklungen nach 1945.

Diesen „Österreich-Stilleben“ sind aber auch mehrere „Welt-Blicke“ gegenübergestellt: Alexander Schürmann-Emanuel beschreibt in seinem Artikel exemplarische Lagerwechsel – von Links nach Rechts – im Frankreich der 30er Jahre und konfrontiert diese „paradoxen Biographien“ mit einigen Thesen aus Zeev Sternhells „Faschistische Ideologie“. Das Gespräch von Samuel Laster mit dem israelischen Historiker Benni Morris führt die Interview-Reihe zu Israel fort. Das Gespräch mit Suad Ibrahim Ahmed, einer nubischen Aktivistin im Kampf gegen den *Kajbar*-Staudamm und der damit verbundenen Vertreibung der NubierInnen führte Thomas

Schmidinger. Die Radiosendung zum Thema mit dem Titel „Äxte gegen Technokraten“ wurde Anfang des Monats mit dem Eduard-Ploier-Preis ausgezeichnet.

In dem Beitrag „Eingegrenzte Konflikte“ versuchte die Redaktion den Gründen nachzuspüren, warum das Buch „Niederlagen des Friedens“ von Mary Kreuzer und Thomas Schmidinger so außergewöhnlich heftige Reaktionen auslöste.

In einem kurzen Ausblick auf das nächste Jahr möchten wir vor allem auf die Context XXI Party und Präsentation am 14.1.2003 im WIRR (1070 Wien) verweisen und ergänzen, dass auch das Thema „Sexualität“ noch ein paar „Nachspiele“ in den nächsten Ausgaben haben wird. Bis dahin wünschen wir eine geruhsame Lektüre!

EVA KRIVANEC
DEZEMBER 2002

ERRATUM Context XXI, Nr. 5-6/2002

Der Artikel von James R. Moser „Knüppel und Kolben“, der in Context XXI Nr.5-6/2002 erschienen ist, wurde versehentlich in einer ersten Version gedruckt, die einige kleinere Überarbeitungen und Ergänzungen des Autors nicht beinhaltet. Die richtige Version ist auf der Homepage von Context XXI ab sofort nachzulesen! Bitte um Entschuldigung!

ab Jänner neue Homepage!

Context XXI

www.contextxxi.at

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: contextXXI@mediaweb.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information
Herausgeberin: Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung; LICRA-Österreich (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus)
Redaktion: diE nOt, Hannah Fröhlich, Manfred Gmeiner, Heide Hammer, Günter Hefler, Markus Kemmerling, Eva Krivanec, Stefanie Mayer, Stella Puig-Waldmüller, Heribert Schiedel, Alexander Schürmann-Emanuel, Jutta Sommerbauer, Markus Zingerle
AutorInnen dieser Ausgabe: Judith Götz, Stephan Grigat, Samuel

Laster, Peter Pirker, Hans Rohrbach, Gerhard Scheit, Thomas Schmidinger
Titelgraphik: diE nOt
Layout: Markus Kemmerling, Eva Krivanec
Hersteller: Resch druck & grafik, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4
Offenlegung: Der Medieninhaber ist zu 100% Eigentümer, von sonst nichts und sonst niemand; Leitungsorgan ist die Redaktion; grundlegende Richtung: Kritik, insbesondere Gewalt- und Herrschaftskritik
Abos: Normalabo: 33 Euro/Jahr; Sonderabo: 22 Euro/Jahr; Förderabo: 66 Euro/Jahr; Ausland: 38 Euro/Jahr, Übersee: 44 Euro/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten
Mitgliedschaft ARGE WDV: 36 Euro/Jahr; ermäßigt: 25,50 Euro/Jahr (inkl. Abo Context XXI)
Konto: 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) Context XXI ist Mitglied der VAZ – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://contextXXI.mediaweb.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint im Februar.

Paradoxe Biographien

Wirre politische Seitenwechsel im Frankreich der 30er Jahre

KritikerInnen werden meinen, einige AutorInnen von Context XXI seien eigenartigst nostalgisch, da in jeder Nummer ein, zwei Beiträge vorzufinden sind, die inhaltlich die 30er Jahre behandeln. Das Bedürfnis über diese Zeit zu reflektieren, kommt auch daher, dass die 30er Jahre das Jahrzehnt vor der großen Vernichtung sind, als Menschen dazu übergingen, ihr Wissen, ihre Technik, ihre Gesellschaft dafür einzusetzen, um aus dem Massenmorden eine vollstreckbare Alltäglichkeit zu machen – das Bedürfnis ist, das alles zu verstehen.

VON ALEXANDER
SCHÜRMMANN-EMANUELY

Auch zu verstehen, wieso Leute, die damals angetreten waren, diese Vernichtungsmaschinerie zu verhindern, sich schlussendlich als Betreiber von dieser wiederfanden.

Seitenwechsel

Mary Kreutzer hat in ihrer Rezension des Buches *Faschistische Ideologie. Eine Einführung* von Zeev Sternhell in der letzten Ausgabe von **Context XXI** zentrale Gründe genannt, wie und wieso Linke ihren Beitrag zum Faschismus liefern konnten. Aufgezählt wurde eine verkürzte Kapitalismuskritik, der daraus resultierende Antisemitismus, männliche Militanzverherrlichung und ein antimaterialistisch ausgelegter Marxismus, hinzufügen würde ich den Wunsch, auf effektive Weise die bürgerliche Gesellschaft zu stürzen, den Wunsch nach vereinfachendem, autoritärem Totalitarismus und den Wunsch nach Macht. Doch oft ist es viel schwieriger, den Werdegang von solche Entwicklungen prägenden, paradoxen Biographien nachzuvollziehen. Die Seitenwechsel von Links nach Rechts in den 30er Jahren waren in ihrer Konsequenz vor allem für viele Mitmenschen verheerend und mörderisch und berühren meines Erachtens wegen ihrer Beispielhaftigkeit die Wurzel eines jeden Seitenwechsels, den ein Mensch vollziehen kann und welcher weit über Opportunismus, Anpassung

und Parteibuchwechsel hinausgeht.

Wir befinden uns demnach in den 30er Jahren, in Frankreich genau genommen, wo nach Aussagen von HistorikerInnen oder PolitologInnen der Nachkriegszeit, wie Raymon Aron, Jean-François Sirinelli und Michel Winock, viele PolitikerInnen und Intellektuelle nicht mehr wirklich an eine Zukunft der bürgerlichen, parlamentarischen Demokratie glaubten. Diese KritikerInnen sammelten sich in außerparlamentarischen Oppositionen, welche die Form von Massenorganisationen annahmen – außerparlamentarisch deshalb, weil in Frankreich selbst große Gruppierungen wegen des Mehrheitswahlrechts ohne Wahlbündnisse nicht so leicht Abgeordnetensitze ergattern konnten, auch wenn sie es naturgemäß versuchten. Die linke, anfangs revolutionäre und antirepublikanische Massenorganisation, die relativ unterrepräsentiert im Parlament saß, war die Kommunistische Partei. Die Rechtsextremen waren in Massengruppierungen organisiert, die sich aus antisemitischen und monarchistischen Vereinen gebildet hatten, sowie aus diversen Veteranenverbänden. Am 6. Februar 1934 spitzte sich die Lage in Paris schließlich zu, als die Rechtsextremen das Parlament stürmten und die Mittellinksrechts-Regierung stürzen wollten. Die Polizei verhinderte das Unterfangen, es gab viele Tote, über tau-

send Verletzte. Dass das Verweigern einer Bündnispolitik mit den anderen linken Parteien in Deutschland die Machtergreifung der Nazis erleichtert hatte, leuchtete in Folge nun auch der KPF ein und ab 1935 kam es in Frankreich zum Ende ihres Koalitionsboykotts und zur Bildung einer Volksfront.

Doriot und Bergery

Doch zwischen 1934 und 1935 verging noch ein Jahr, in dem nicht so klar war, wie, was und wann etwas gegen die FaschistInnen geschehen soll und ob es zu einem linken, republikanischen und antifaschistischen Wahlbündnis kommen sollte. Und es ist in dieser Zeit, als manche Biographien paradox zu werden begannen. Zwischen 1934 und 1935 glich, wegen der vehementen Streitigkeiten unter den Linken, jede Idee von einer Volksfront einer Sünde – und es waren u.a. der Kommunist Jacques Doriot und der Radikale Gaston Bergery, welche für solche sündhaften Ideen zu bezahlen hatten. Doriot, Akteur der ersten paradoxen Biographie, war ein nicht unbedeutender KP-Politiker gewesen, der als Bürgermeister der größten Arbeitervorstadt von Paris und als Abgeordneter, als einer der wenigen KommunistInnen, etwas mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Einfluss hatte. Wegen seiner Popularität galt er auch als logischer, zukünftiger Parteivorsitzender – doch hätte er da 1934 nicht

die Notwendigkeit einer antifaschistischen Volksfront erwähnen dürfen, da diese Meinung gegen die damaligen Richtlinien der *Komintern* verstieß und somit seinen Parteiausschluss besiegelte. Als nunmehr parteiloser Bürgermeister und Abgeordneter gründete er 1936 seine eigene Partei, der sich vor allem die gesamte Sektion der KP in seinem Wahlbezirk anschloss. Die neue Partei war die PPF (*Parti populaire français* – Französische Volkspartei), die sich als sozialistisch, antikommunistisch, nationalistisch und antiliberal bezeichnete, ganz im Sinne George Sorels, der gemeint hat, dass sich der Sozialismus nur durch ein Nationalbewusstsein verwirklichen kann. Es gab bald Uniformen und ein plebisitäres, starker Staat mit einer starken Führung wurde gepredigt. (Sirinelli, 1993, S.149). Die PPF zeichnete sich auch durch einen virulenten Antintellectualismus aus, wenngleich der Antisemitismus in den ersten Jahren noch etwas ausgespart wurde, genauso wie Doriot sich in der ersten Zeit weigerte, ganz zum Frust einiger MitstreiterInnen, seine Partei als eine faschistische zu bezeichnen.

Die bald rund 100.000 Mitglieder starke Partei (zur gleichen Zeit hatte die KPF knapp dreimal so viele Mitglieder), alle militärisch organisiert, nach dem Modell der italienischen Schwarzhemden, wurde jedoch bald eine treibende Kraft der rechtsextremen Szene und schlussendlich doch noch zu einer der vielen faschistischen Parteien Frankreichs. Die Schlägertrupps Doriotics können als französische SA bezeichnet werden und mit ihnen versuchte Doriot nicht

nur die Republik zu stürzen, sondern auch eine hegemoniale Position innerhalb des französischen Faschismus zu erreichen. In der PPF fand sich bald ein Sammelsurium von SeitenwechslerInnen wieder, bestehend aus einigen frustrierten KommunistInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen, genauso wie, natürlicherweise und mit zunehmenden Maße, massenhaft ehemalige Mitglieder anderer rechtsextremer, meist monarchistischer Parteien. Einige Unternehmer finanzierten Doriotics Partei, da sich durch diese das Abdriften eines nicht unwesentlichen Teiles der Arbeiterschaft nach Rechts vollzog (Doriotics Wähler – Frauen hatten erst 1945 das Wahlrecht – blieben die Arbeiter seines Arbeiterbezirks). Die dadurch etwas zurückhaltendere Kritik am Kapitalismus konnte jedoch schnell durch einen populären Antisemitismus abgelöst werden – und ohne Hass hätte die neue faschistische Partei wohl kaum gedeihen können. Als Trägerin der Kollaborationsregierung von Pétain unterstützte die PPF auch aktiv die Shoah und am 16. und 17. Juli 1942 beteiligten sich 450 Aktivisten der PPF neben 4.500 französischen Polizisten an der zentralen Aktion der Deportation der JüdInnen in Paris, dem „*rafle du Vél d'hiv*“, bei dem 12.884 Menschen verhaftet und den Nazis ausgeliefert wurden.

Der Philosoph Jules Benda hatte gerade 15 Jahre zuvor vom Verrat der Intellektuellen gesprochen, die, statt aus ihrem autonomen Feld zu agieren, sich lieber in die alltägliche Machtpolitik einzuklinken versuchen und gerade dann von Linken zu Rechten mutieren, so wie ein

Maurice Barrès oder ein Sorel es schon um die Jahrhundertwende vorexerziert hatten. Einer dieser „Verräter“ war der anfangs anarchistisch angehauchte Schriftsteller Drieu La Rochelle, der sich ab den 30er Jahren fortan als nationalen Sozialisten bezeichnete und zum Kreuzzug gegen die „Verweiblichung“ und „Verjüdung“ der Gesellschaft aufrief. Es war auch er, der den Antisemitismus in Doriotics Partei importierte. Wie Régis Debray es einmal ausgedrückt hat, gibt es für bürgerliche Intellektuelle nichts schmeichelhafteres, als ein populistischer Antiintellektualismus und so nannte Drieu Doriot „den guten Sportler“, der sich gegen den „fetten Intellektuellen aus dem letzten

Foto: Stella Puig-Waldmüller





Foto: Stella Puig-Waldmüller

Jahrhundert stellt und das kranke Frankreich heilen wird“ (Debray, 1980, S.177). Doriot wird als extrem machtgerig beschrieben, seine Machtgier ging sogar so weit, dass er die ganze Vichy-Zeit über daran arbeitete, Pétain zu stürzen, wäre er doch gerne selbst der Führer gewesen, ganz zum Missfallen seiner Förderer: den deutschen Besatzern.

Die zweite paradoxe Biographie ist jene des „jungtürkischen“ Abgeordneten der *Radikalen Partei* Gaston Bergery – als Jungtürken wurden jene Radikale bezeichnet, die sich für eine linke Regierungskoalition und gegen eine des Zentrums, wie sie in Frankreich bis 1936 vorherrschte, aussprachen. Er sollte bald von einer zentralen Figur des antifaschistischen Kampfes der bürgerlichen Linken zu einer der zentralen Figuren des Faschismus werden. Ihn, den linksliberalen Pazifisten als einen Antiliberalen zu bezeichnen oder ihm irgendei-

nen Militarismus vorzuwerfen, ist auf den ersten Blick wohl kaum möglich. Trotzdem, seine Referenzen an antimarxistische, antiliberaler und antiparlamentarische Gesinnungen, sowie an nationale und ständestaatliche Strukturen, ebenso wie seine Aversion gegenüber Léon Blum, dem Regierungschef der Volksfront, die ihn zu einigen antisemitischen Statements hinreißen ließ, hätten wohl kritische Geister hellhörig werden lassen können. Doch nicht hellhörig genug, da seine 1934 gegründete „Gemeinsame Front“ strukturell der Volksfront als Vorlage diente, wenngleich ohne Beteiligung der KommunistInnen. Neben Politikern diverser linker Parteien wurde Bergery, der nach dem Februarputsch einen viel effektiveren Kampf gegen den Faschismus forderte, auch von den großen humanistischen und antirassistischen NGOs (auch die Vorläuferin der LICRA) seiner Zeit unterstützt und auch

sonst von vielen ernstzunehmenden AntifaschistInnen, meist Intellektuellen.

Der Radikale Bergery sollte schlussendlich, genauso wie Doriot, ins faschistische Lager wechseln. Manche machen es sich einfach und schieben diesen Sinneswandel ebenfalls dem Schriftsteller und langjährigen Freund Bergerys Drieu La Rochelle zu. Meines Erachtens hat zu seinem Positionswechsel am mei-

sten Bergery selbst beigetragen. Im Juni 1940, kurz bevor das französische Restparlament dem Maréchal Pétain alle Vollmacht gewährte, verfasste der Abgeordnete Bergery einen Text, in welchem er für „eine neue: autoritäre, nationale und soziale Ordnung“ eintrat (Sirinelli, 1993, S.181), der von rund 100 Abgeordneten unterstützt wurde. Gleichzeitig wurde Bergery Ghostwriter des neuen Staatschefs. Einer der Unterstützer von Bergery war der Abgeordnete Marcel Déat, ein sozialistischer Dissident – er war wegen seinen Ideen eines sozialistischen Ständestaates 1934 aus der SFIO ausgeschlossen worden – und Pazifist, von dem 1939 der Spruch „Sterben für Danzig?“ stammte. Beide sollten schlussendlich zu den Hardlinern unter den kollaborierenden Politikern werden. Sie gründeten 1941 eine faschistische Partei (*Rassemblement national populaire* - Nationale Volksvereinigung) (Sirinelli, 1993, S.201) und Déat

wird 1943 Staatssekretär für Arbeit in Vichy (Sirinelli, 1993, S.215), mit Bergery als rechter Hand. In dieser kurzen Periode an der Macht schafften sie es, zumindest auf Papier, einige von Sorel abgekupferte Ideen, Richtung nationalen, sozialistischen Ständestaat gehend, zu verwirklichen. 1944 war es dann vorbei mit der Möglichkeit, nationale Sozialismen und das damit verbundene Massenmorden in Frankreich zu verwirklichen. Da mensch sich in seinem Leben nicht so viele Seitenwechsel leisten kann (außer vielleicht in Österreich), blieb nur wenigen französischen FaschistInnen die Möglichkeit, als *L'Oréal*-VertreterInnen in Spanien oder Argentinien ihr Leben neu zu organisieren. Doriot sollte seinen Seitenwechsel nicht überleben, er starb irgendwo, irgendwann 1945 in deutscher Uniform; Drieu ebenfalls nicht, er tat das, wovon er schon sein ganzes literarisches Werk hindurch geschwärmt hatte: er beging Selbstmord; Bergery spukte noch bis 1958 in der französischen rechtsextremen Szene herum und Déat starb 1955 in seinem Versteck, einem Kloster in der Nähe von Turin.

Es stellt sich nur die Frage, wieso Doriot und Bergery, die Initiatoren von antifaschistischen Plattformen ab 1933, sich am Ende des gleichen Jahrzehnts als Köpfe des französischen Faschismus wiederfanden? Immerhin haben beide ihre Karrieren in ihren ehemaligen Parteien aufgegeben, um 1934 einen effektiveren Kampf gegen den Faschismus zu betreiben. War es der Generationskonflikt, auf den Eugen Weber in *Les Droites françaises* – Die französischen Rechten (We-

ber, www.republique-des-lettres.com) hinweist, die Tatsache, dass die Politik von überproportional vielen Greisen bevölkert wurde und die Jungen, Nichtkonformisten woanders, „bei den Roosevelts, Salazaren, Henri de Mans oder den russischen Fünfjahresplänen“ nach Lösungen suchten? War es die Abneigung gegenüber der als dekadent empfundenen bürgerlichen Demokratie und Gesellschaft, die AntifaschistInnen zu FaschistInnen mutieren ließ? Der Drang nach Zerstörung der alten Strukturen lässt sich vielleicht bei Doriot nachvollziehen, doch was trieb Bergery dazu, 1939 innerhalb einiger Monate einen totalen politischen Wandel zu vollziehen? Selbstbestätigung, Machtgier, Schizophrenie, die Liste, wieso Linke FaschistInnen wurden, kann sicher noch außerhalb ideologischer Erklärungen verlängert werden, dabei entpuppen sich Sinneswandel häufig nur als Handlungswandel, da von Sinnen gar nicht mehr die Rede sein kann.

Und auch das ...

In diesem Zusammenhang sollte vielleicht erwähnt werden, dass paradoxe Biographien auch in die andere Richtung erfolgten. Z.B. setzte 1934 der katholisch-humanistische Philosoph Jules Benda, der sich bis dahin nicht ins politische Tagesgeschehen einmischen wollte, seine Unterschrift unter ei-

nen linksextremen antifaschistischen Aufruf, mit der Begründung, dass nach so einem Putschversuch jede Formel wie: „weder links noch rechts“, absurd sei und die von ihm angestrebte humanistische Mystik sehr wohl mit dem linken Humanismus zu vereinbaren ist (Sirinelli, 1990, S.89), dass er sich ganz im Gegenteil über jeden toten Faschisten freue, da der Faschismus eindeutig gegen jede Art von Humanismus gerichtet sei. Im Kampf gegen den Faschismus ging es nicht mehr um ideologische Streitereien, sondern ums Überleben. Und es war der Protest des anfänglichen Franco-Sympathisanten und erzkatholischen Schriftstellers François Mauriac gegen die Bombardements von *Guernica*, der mehr die öffentliche Meinung gegen die spanischen FaschistInnen aufrüttelte, als Picasos Bild bei der Weltausstellung in Paris 1937. Immerhin gab es auch das ...

Ein ideologisches Element, auf welches auch Sternhell hinweist, spielt meines Erachtens zusammenfassend doch eine zentrale Rolle bei jeder Art von Seitenwechsel: nämlich ob sich das politische Handeln, beim Versuch eines gesellschaftlichen Umbruchs, auf das Individuum und sein Wohl konzentriert oder aber auf eine abstrakt definierte und schlussendlich mörderische und mordende Gruppe.

Literatur:

Debray, Régis. *Le scribe. Genèse du politique*. Paris : Grasset, 1980.

Sirinelli, Jean-François, Robert Vandenbussche, Jean Vavasseur-Desperriers : *La France de 1914 à nos jours*. Paris: Presses Universitaires de France, 1993.

Weber, Eugen. *Les Droites françaises*. <http://www.republique-des-lettres.com/s1/sirinelli.shtml>, 7.9.2002, 13b.

Wissenschaft als Kritik

Der israelische Historiker Benni Morris im Gespräch

Prof. Benni Morris, den ich im Mai am Rande einer Konferenz in Berlin getroffen habe, wurde als einer der ersten „postzionistischen“ oder „neuen Historiker“ auch über die Grenzen Israels hinaus bekannt. Diese Generation von sich selbst als parteiisch begreifenden WissenschaftlerInnen hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die „zionistische Narrative“ zu zerstören und/oder durch arabische zu ersetzen (vgl. Karl Pfeifer in Context XXI, 5-6/02, S. 7ff).

VON SAMUEL LASTER*

Morris Forschungen über die „*Nakbba*“ (Katastrophe), die Vertreibung der PalästinenserInnen im ersten arabisch-israelischen Krieg 1948, brachten ihm aber auch AnhängerInnen, die ihm gar nicht so recht passen. Arabische Intellektuelle und israelische Linke wären ja noch halbwegs logisch. Aber als der inzwischen von der PFLP (*Volksfront zur Befreiung Palästinas*) ermordete Tourismusminister Rehevaam Zeevi, die bis zu Morris Arbeiten weitgehend ungeklärten Vorfälle rund um die Massenflucht 1948 zum Anlass genommen hatte, um sich mit seinen Plänen für einen „Transfer“ der arabischen Bevölkerung aus Westbank und Gaza zustimmend auf dieses historische Vorbild zu beziehen, verschlug es Morris die Sprache. Sein Bruch mit der von ihm mitbegründeten historischen „Schule“ wurde aber durch die Politik der Eskalation seitens der palästinensischen (religiösen wie weltlichen) Autoritäten ausgelöst. Vom Kritiker der israelischen Politik wurde Morris, der den Dienst in den besetzten Gebieten verweigert hatte und dafür im Gefängnis gelandet war, zum Kritiker des Antizionismus und des palästinensischen Maximalismus, der auf Terror statt Verhandlungen setzt und die Zerschlagung Israels zum Ziel hat. Heute wehrt sich der 50jährige Professor an der Universität *Beer Sheva*

gegen die Einstufung in die Gruppe der „Neuen Historiker“ mit Tom Segev, Moshe Zimmermann und einigen anderen.

Aber eigentlich hatte Morris schon vorher Probleme mit dieser Etikettierung: „Es waren vor allem rechtsgerichtete, konservative Kreise in Israel“, die ihn im Kreise der linken TabubrecherInnen wählten. „Den Leuten passte das Thema meiner Arbeiten nicht. Palästinensische Flüchtlinge und Vertreibungen passten da nicht rein“, so Morris. „Das wurde als ‚links‘ Thema gesehen – ich hingegen beschäftige mich mit Geschichte an sich und mit den Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel in den Fünfzigern“, lächelt der Akademiker milde. Als würde er sein Werk erklären müssen, meint Morris: „Ich studiere Dokumente und versuche Fakten zu erheben. Das sollten Historiker tun“.

Das Ende des Friedensprozesses

Zur Zukunft der israelischen Linken befragt, meint Morris: „Als Arafat sich 2000 weigerte, auf die Angebote des israelischen Premiers Ehud Barak zu reagieren, zerstörte er die Zukunft der Linken. Genauso wie er im Jahre 1996 die *Hamas* in Israel bomben ließ, was Peres den Posten des Premiers kostete.“ Der israelischen Linken hätte Arafat damit zu verstehen geben, dass sie keine re-

levante Bezugsgröße darstelle und sie keine Chance auf Frieden hätte. Von diesem Wegfall des Partners auf palästinensischer Seite habe sich die israelische Linke bis heute nicht erholt.

Als Morris mit seinen Forschungen zur „*Nakbba*“ begann, war er angesichts der politischen Atmosphäre optimistisch. Es waren die Jahre 1993–1994: Rabin und Arafat reichten sich die Hand, Jordanien unterzeichnete mit Israel ein Friedensabkommen. „Bis zum Ende meines Werkes 1998 hoffte ich, Frieden im Nahen Osten zu erleben“, so Morris. Die Geschichte des israelisch-arabischen Konfliktes in Buchform sollte dessen Ende markieren, so seine Hoffnung damals. Sie sollte sich nicht erfüllen, vielmehr trat der Konflikt in eine neue Runde. „Als ich mein Buch (*„Righteous Victims“*, Anm.) begann, hatte ich den Eindruck, die Palästinenser hätten den Wunsch aufgegeben, Israel zu zerstören.“ Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die schwindende Unterstützung anderer Länder veranlassten sogar die konservativen Hardliner wie Syrien sich der kompromissbereiteren Politik anzunähern, wie diese zuvor schon von Ägypten verfolgt worden war. 1988 in Tunis stimmte Arafat erstmals einer Zweistaatenlösung zu, was eine Anerkennung Israels mit einschloss. Die Geschehnisse im Jahre 1996 und ver-

*) Samuel Laster ist freier Journalist in Berlin und Wien.

stärkt ab 2000 lassen dieses kurze Wetterleuchten der Hoffnung als solches erscheinen, so Morris.

Skeptisch ist der Historiker auch, was die vermittelnde Rolle der UNO anlangt. Nicht erst seit der zum antisemitischen Tribunal verkomenen UN-Konferenz über Rassismus in Durban herrscht in Israel weitgehende Einigkeit über die fehlende Eignung dieser Institution als Friedensstifter. Das müsse mensch berücksichtigen, wenn er/sie die israelische Ablehnung, eine UN-Kommission zur Erforschung der Vorfälle im Flüchtlingslager Jenin vorschnell als Schuldeingeständnis interpretiert. „Israel hat in dieser Hinsicht recht gehabt“, so Morris. „Vielleicht sollte zuerst der Anschlag in Netanya untersucht werden, der zu der Operation führte, in deren Verlauf es zu den Ereignissen in Jenin kam. So eine Untersuchung könnte leicht zu Jassir Arafat und/oder den *Al Aksa Brigaden* führen, welche die Anschläge befehlten und finanzierten. Es gibt aber nicht mal den Ansatz zu so einer Untersuchung der UNO.“

So oder so, nach Erkenntnissen der unabhängigen Menschenrechtsorganisation „*Human Rights Watch*“ habe es in Jenin insgesamt 52 Tote, die meisten bewaffnete Kämpfer, gegeben. Die Rede vom „Massaker“ – auf palästinensischer Seite war die Rede von bis zu 3000 Toten! – wurde damit als Propaganda entlarvt. Das, was Israel vorzuwerfen ist, hat die Armee selbst auf Video belegt: „Es geht um Ärzte und Krankenschwestern, die zu lange vom Lager abgehalten wurden, um Zerstörungen von Häusern, die

nach internationalem Recht nicht legitim sind.“ Demgegenüber gäbe es Beweise dafür, wie von palästinensischer Seite versucht wurde, im Nachhinein ein „Massaker“ zu konstruieren. Es gab nicht nur gestellte Begräbnisse, auch seien Tierkadaver nach Jenin gebracht worden. Deren Verwesungsgestank sollte dann ausländische JournalistInnen von der israelischen Grausamkeit überzeugen. Die tatsächlichen zivilen Opfer habe nicht in erster Linie die israelische Armee zu verantworten: „Wenn Bombenlabors wie in Jenin in ziviler Umgebung angelegt werden, so sind zivile Opfer möglich.“ Die US-Armee oder gar die russische Armee hätten sich gar nicht die Mühe gemacht in ein Lager wie Jenin einzumarschieren, sie hätten so eine Stätte durch Flächenbombardement ausradiert, so Morris. Demgegenüber wollte Israel möglichst wenige zivile Opfer verursachen und hat dadurch 23 tote Soldaten zu beklagen.

Morris ist grundsätzlich skeptisch, was den Wahrheitsgehalt von Informationen seitens arabischer Medien und Politiker anlangt. Noch die abstrusesten Behauptungen würden von westlichen Medien weiterverbreitet. Am Beispiel Jenin auf den Punkt gebracht: „Wenn seriöse Journalisten nachher die korrekten Opferzahlen veröffentlichen, sind Arafats Schlagzeilen über 500 oder 3000 Tote schon im Gedächtnis eingegraben, die Richtigstellung kommt dann vielleicht auf Seite 15“, so Morris nicht ohne Verbitterung.

Kein Ausweg in Sicht

Die Möglichkeit eines territorialen Kompromisses sieht



Foto: Stella Puig-Waldmüller

Morris heute nicht mehr. Noch Barak habe Arafat mit Clintons Vermittlung 94-95% der Wesbank, ganz Gaza, das ganze arabische Jerusalem (den bis 1967 unter jordanischer Hoheit gestandenen Ostteil der Stadt) angeboten. Auch die Möglichkeit der Rückkehr der Flüchtlinge von 1948 in einen gegründeten Palästinenser-Staat wurde von israelischer Seite nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen. „Das wäre die bestmögliche und ‚gerechteste‘ Lösung. Mehr war wohl nicht drin, außer man will, dass Israel nicht mehr existiert und Palästina an seine Stelle tritt.“

Mit Beginn der zweiten *Intifada*, deren Kämpfer schon in der Auswahl ihrer Anschlagziele deutlich machen, worum es ihnen geht, sei Arafat als Gesprächspartner untragbar geworden. Relevant ist Arafat nach Meinung des Historikers aber immer noch, denn „er ist der einzige, der eine Lösung seinem Volk verkaufen kann.“

Morris hält Sharon für das Produkt der Weigerung der Mehrheit der israelischen WählerInnen, auf Baraks Kompromisse einzugehen, insbesondere nach der neuerlichen Eskalation des

Terrors. Genauso wie der Sieg Netanyahus die Folge der Erlaubnis Arafats an die *Hamas* gewesen sei, Shimon Peres als Premier 1996 wegzubomben. „Sharon wäre nach dem Libanonkrieg 1982 nicht in meinen wildesten Träumen Premier geworden. Er ist nicht der Mann, der der israelischen Seite den notwendigen Kompromiss schmackhaft machen kann“, so das *enfant terrible* der israelischen HistorikerInnen über Sharon.

Einem einseitigen Rückzug Israels aus der Westbank und dem Gazastreifen kann Morris derzeit nichts abgewinnen: „Wir würden dann Katjuscha-Raketen-Angriffe auf Tel Aviv oder Netanya erleben. Israel müsste dann erst recht die Gebiete wieder zurückerobern.“

Die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge hält Morris ebenfalls für undurchführbar: „Die Umsetzung des Rechtes auf die Rückkehr der Flüchtlinge von 1948 und ihrer Nachkommen hätte die Zerstörung des Staates Israel und den Ersatz durch einen islamischen Staat zur Folge.“ Genau das scheine aber das neue alte Ziel der Mehrheit in Arafats Stab zu sein.

Nubien unter Wasser?

Mit Suad Ibrahim Ahmed, die bereits in den Sechzigerjahren eine entscheidende Rolle im Kampf der NubierInnen gegen den Aswan-Damm gespielt hat und nun mit ihren MitstreiterInnen von der „Nubian Alliance“ gegen die zweite Vertreibung der NubierInnen kämpft, sprach

THOMAS SCHMIDINGER

Suad Ibrahim Ahmed wurde am 30. Mai 1935 in Khartoum in einer nubischen Familie geboren. Bereits früh schloss sie sich der jungen Kommunistischen Partei des Sudan an. 1960 schloss sie ihr Studium an der *Khartoum University* ab und begann als Lehrerin in der nubischen Grenzstadt Wadi Halfa zu arbeiten. Zu diesem Zeitpunkt waren die Pläne der ägyptischen Militärregierung Gamal Abd An-Nassers zum Bau eines Hochdammes südlich von Aswan schon sehr weit gediehen und das ägyptische Regime verhandelte mit dem sudanesischen Militärregime General Abuds über die Entschädigungen, die der Sudan für das Gebiet erhalten sollte, das auf sudanesischem Territorium in der Folge überflutet werden sollte. Trotz des erbitterten Widerstands der nubischen Bevölkerung verschwand schließlich der Großteil Nubiens unter den Wassermassen, die der Aswan-Damm aufstaute. Und trotz der bekannten negativen Folgen für Mensch und Natur, der Zerstörung einer der ältesten Kulturregionen der Welt, der Verschlammung des Sees und des Mangels an fruchtbarem Nilschlamm am Unterlauf des Nils, will nun die islamistische Militärregierung des Sudan auch den verbliebenen Rest Nubiens unter Wasser setzen.

Sie waren bereits im Widerstand gegen den Aswan-Damm aktiv. Können Sie uns

erzählen, wie dieser Widerstand aussah, warum er letztlich fehlgeschlagen ist, warum aber trotzdem an den Ufern des Nubischen Sees ein neues Wadi Halfa entstanden ist, ein Wadi Halfa, das keine Dattelpalmen und Gärten mehr kennt und zwischen Wüste und See eingezwängt ist, das aber immerhin existiert.

Der Hochdamm kam nachdem bereits mehrmals niedrigere Dämme errichtet wurden, die die lokale Bevölkerung schwer in Mitleidenschaft gezogen haben. Letztlich war der Hochdamm ein Resultat des „*Nile-Waters-Agreement*“. Die Leute dachten damals, dass sich der Sudan mit seinen Millionen Hektar Land nicht weiterentwickeln könnte, ohne mehr Wasser zur Verfügung zu haben. Deshalb war es notwendig, ein solches Abkommen zu unterzeichnen. Die Verhandlungen dafür begannen schon zu einer Zeit als die Briten noch hier waren.

Als der Hochdamm gebaut wurde, dachten die Leute hier, dass sie ihren Boden für ihr Land opfern würden. Und die Regierung sagte zu Beginn: „Eurer Opfer ist unglaublich, es ist gewaltig und deshalb wird geschehen, was ihr wollt! Wohin wollt ihr gehen? Was wollt ihr machen?“

Sechs Monate später wollte die Regierung von diesen Versprechungen nichts mehr wissen. Sie beschloss, die Kompensationszahlungen der ägyptischen Regierung, vierzig oder fünfzig Millionen Dollar, zu nehmen und ein

Projekt im Osten des Landes am Fluss Atbara zu errichten, wohin die Nubier umgesiedelt werden sollten. Diese Gegend hat ein völlig anderes Klima und eine völlig andere Vegetation als das Land, das die Nubier bisher am Nil bebaut hatten. Das ist es, was die Leute verärgert hat. Sie hätten die Chance gehabt, sich wieder am Ufer des neuen Sees oder innerhalb Nubiens, südlich des Dammes, anzusiedeln, aber die Regierung zwang diese Menschen nach Haschm al-Girba nahe der äthiopischen Grenze zu ziehen. Die Mehrheit der Bevölkerung wurde umgesiedelt, aber 600 Familien weigerten sich, an den Atbara umgesiedelt zu werden.

Das gegenwärtige Wadi Halfa ist ein Resultat dieser Weigerung. Die Regierung sagte: „Wenn ihr nicht gehen wollt – das ist der letzte Zug. Wir werden euch umsiedeln, wir geben euch Häuser, Land und Kompensationszahlungen. Wenn ihr kommt, gut, wenn nicht, seid ihr auf euch allein gestellt!“

Darauf haben sie den Zug und sämtliche Serviceeinrichtungen des Staates eingestellt.

In der Folge regierten sich die verbliebenen Menschen selbst. Sie gründeten eine Kooperative, die *Wadi-Halfa-Kooperative*. Sie eröffneten Schulen ...

Sie selbst eröffneten Schulen ohne Hilfe von außen?

Ja, sie selbst eröffneten die Schulen und sie eröffneten

sogar ein Spital. Sie blieben dort, von der Regierung ignoriert bis nach der Oktoberrevolution [dem Sturz General Abbuds, Anm..].

Sie bewegten sich mit dem Ufer des Sees, der ständig stieg und blieben auf sich allein gestellt, bis die Versorgung und die Dienstleistungen der Regierung in den Siebzigerjahren wieder aufgenommen wurden. Die Stadt wurde Mitte der Siebzigerjahre wieder an den Zug angeschlossen.

Sie blieben also einige Jahre lang völlig auf sich allein gestellt an den Ufern des neuentstandenen Sees?

Ja, sie blieben rund zehn Jahre lang auf sich gestellt. Sie haben sich zehn Jahre lang selbst regiert.

Wovon haben die Leute diese zehn Jahre lang gelebt? Es gab ja kein fruchtbares Land mehr, nur Wüste und See.

Sie haben ihre Kompensationszahlungen benützt, die sie gesammelt hatten und verwendeten sie zur Versorgung der Bevölkerung und zur Schaffung von Infrastruktur. Sie kauften LKWs, um Lebensmittel aus der Stadt bringen zu können. Ein Arzt kündigte beim Ministerium und kam nach Wadi Halfa. Auch einige Lehrer taten dasselbe. Die Leute organisierten alles selbst.

Der Widerstand dieser Menschen ist geradezu ein Epos. Sie waren nicht viele, aber die Stadt wuchs sogar.

Ja, ich habe es gesehen, Wadi Halfa ist heute wieder eine recht große Stadt.

Ja, in der Stadt allein, ohne die Dörfer rundherum, von

denen sich auch einige weiden, umgesiedelt zu werden, waren wir 17.000. Nun sind es infolge der Politik der gegenwärtigen Regierung aber wieder weniger geworden.

Nun, der Hochdamm ist etwas anderes wie der Kajbar-Damm. Der Kajbar-Damm liegt flussabwärts von einem großen Damm, der nun bei Merowe gebaut werden soll. Der Merowe Damm soll als Kraftwerk mit einer Leistung von 1.100 MW genutzt werden. Wir produzieren zur Zeit in Roseires weniger als 300 MW und haben einen Mangel an verfügbarer Elektrizität. Deshalb plant die Regierung diesen Damm. Der Ort, an dem dieser Damm entstehen soll, ist nicht so stark besiedelt wie die Region, in der der Kajbar-Damm entstehen soll.

Kajbar ist gedacht, um das Gebiet zu entvölkern und um Waffen und Terroristen über diese Grenzregion nach Ägypten einschleusen zu können. Die Politik, die in dieser Region verfolgt wird dient dazu, das Gebiet von seinen BewohnerInnen zu säubern.

Der einzige Hafen, der 1994 geschlossen wurde, war

Wadi Halfa, das alte Tor nach Ägypten. Sie haben jedoch nicht den Verkehr nach Ägypten gestoppt, der über die Wüste, das Rote Meer oder die Luft weiterlief. Diese Wege blieben alle geöffnet.

Das Ziel war es, Wadi Halfa verarmen zu lassen. Stell dir eine Hafenstadt vor, deren Hafen geschlossen ist! Es gibt keine anderen Einnahmequellen, wir haben kein Hinterland, keine Landwirtschaft.

Wer Wadi Halfa besucht, hat den Eindruck, dass es zwei Tage in der Woche gibt, an denen Leben in die Stadt kommt: Wenn das Schiff von Ägypten kommt und wenn das Schiff nach Ägypten abfährt.

Ja, es waren genau zwei Tage in der Woche. Die Leute, die kommen und gehen, sind die einzige Wirtschaftsgrundlage Wadi Halfas. Sie müssen essen, transportiert werden, übernachten ...

Und als diese Wirtschaftsgrundlage für vier Jahre geschlossen wurde, verarmten die Leute wirklich.

Der Kajbar Damm soll auf den Felsen des dritten Kataraktes errichtet werden und

würde ungefähr 33 Dörfern den Nil entlang überfluten. Somit würde das verbleibende dicht besiedelte Gebiet Nubiens unter dem Wasser verschwinden. Und dies ohne irgendeinen Grund. Für die gesamte Provinz Wadi Halfa benötigen wir lediglich 6 MW an Elektrizität. Nach ständigen Erweiterungen der ursprünglichen Planung soll dieser Damm nun über 200 MW produzieren.

Dieser Abschnitt des Nils wird als das größte Open-Air-Museum in der Welt bezeichnet, weil er merowitische, kuschistische und nubische Altertümer verbirgt, die heute noch größtenteils nicht ausgegraben sind. Wir sind nicht wie Ägypten, wo seit über 200 Jahren archäologische Ausgrabungen stattfinden. Hier haben wir unsere antiken Stätten nur sehr spärlich erforscht. Aber diese Regierung ist nicht an vorislamischer Geschichte interessiert. Überall wo vorislamische Funde gemacht wurden, ließ sie die Ausgrabungen stoppen, selbst jene der *Cambridge University*, die 1990 abgebrochen werden mussten.

Sie stoppen diese, weil sie den Damm dort bauen wollen?



Foto: Thomas Schmidinger

Wer nicht lesen mag, die höre:
"Äxte gegen Technokraten"
→ siehe Seite 31

Nein, sie stoppen diese Forschungen, weil sie keine vorislamische Geschichte wollen. Wenn sie nach Hannover oder Milano gehen, um sich zu präsentieren, stellen sie alles aus, nur nicht Gegenstände unserer nubischen Kultur. Diese Regierung verfolgt in ihrer Wirtschafts-, Bildungs-, Gesundheits- und Agrarpolitik das Ziel, unsere nubische Kultur auszulöschen und ihre Form des Islamismus und Arabismus als einzige Kultur des Sudan durchzusetzen.

Wir wissen, dass die Araber es im siebten Jahrhundert nicht schafften, den Sudan mit dem Schwert zu erobern und ihre Eroberungen in Nordafrika fortsetzen mussten. Der Sudan wurde nicht mit dem Schwert islamisiert. Der Gouverneur von Ägypten schloss schließlich mit den Sudanesen den „baqt“.

...eine Art Friedensvertrag zwischen dem islamischen Staat und den christlichen Königreichen des Sudan.

Ja, dies war zuvor ohne Beispiel. Es war ein Friedensvertrag zwischen dem Wali in Ägypten und den NubierInnen und wir erlaubten ihnen darin, unser Gebiet zu durchqueren. Daneben war das Ganze auch eine Art Handelsabkommen. Sie wollten Sklaven und Produkte aus dem Sudan und sie gaben uns Kleider und andere Produkte aus Ägypten.

Und die gegenwärtige Regierung will nun dieses Bild der Geschichte zerstören? Was ist das Ziel, die nubische Kultur zu zerstören und die Region zu entvölkern?

Sie glauben, dass NubierInnen keine guten Muslime

sind. Unser Islam hat eine eigenständige Ausformung. Aber dies ist keine nubische Spezialität. Der Islam hat im gesamten Sudan seine eigenen Charakteristika. Der Islam im Norden Aswans ist anders als der Islam südlich davon. Es dauerte über sieben Jahrhunderte, um den Islam zur Religion der Mehrheit zu machen und diese Islamisierung war ein friedlicher Prozess, der durch Heirat und Handel von Statten ging. Deshalb überlebten die sozialen Strukturen und Traditionen der verschiedenen Gemeinschaften die Islamisierung. Deshalb werden viele unserer Traditionen und Sozialstrukturen als unislamisch betrachtet.

Zum Beispiel dürfen sich bei uns junge Menschen treffen. Um eine Frau zu nehmen, musst du sie kennen. Und das ist erlaubt, bis hin zu sexuellen Beziehungen. Voreheliche Schwangerschaften sind nicht verboten.

Bei den Nubiern?

Nein, aber bei einigen anderen Gruppen in Kordofan und Darfur. Vorehelicher Sex ist bei uns in Nubien nicht akzeptiert, aber eine Vermischung der Geschlechter ist erlaubt.

Aber wie auch immer, wir sind keine Fanatiker und das ist nicht die Politik für die dieses Regime eintritt. Das ist ein terroristisches und faschistisches Regime. Sie glauben, dass es den ganzen Nahen Osten in einen islamischen Staat verwandeln würde, wenn es gelänge, in Ägypten ein islamisches Regime an die Macht zu bringen. Ägypten ist nicht irgend ein arabisches Land, es ist einflussreich. Ägypten hat über 60 Millionen Einwohner.

Und Nubien ist für sie der Schlüssel nach Ägypten?

Ja, Nubien ist der Schlüssel nach Ägypten. Und wir sind keine Fundamentalisten. Sie wissen das, weil sie bei jeder demokratischen Wahl verloren haben. Sogar heute. Im *Nubischen Akademikerverein* bekam ich am meisten Stimmen und der Muslim-Bruder bekam nur ganze sieben Stimmen. Und das unter den Bedingungen dieser Diktatur! Dieses Regime beschloss die Geschichte des Sudan von 1504 an, als es den ersten islamischen Staat im Sudan gab, zu erzählen. Und zuvor gab es nichts.

Das ist es, was geschieht. Sie unterdrücken Frauen und Nichtaraber. Wir sind stolz auf unsere arabische Sprache. Wir sprechen sie sehr gut, wir schreiben in ihr und wir schreiben sogar Gedichte in ihr. Wir akzeptieren sie als Amtssprache, denn wir müssen ja irgendwie miteinander kommunizieren, aber sie wollen alle zur arabisch-islamischen Kultur zwingen.

Die nubische Kultur litt bereits durch die Deportationen der NubierInnen an den Atbara.

Ja, die nubische Diaspora ist größer als die NubierInnen, die in Nubien leben. Dies beeinträchtigt unsere Sprache und Kultur. Ich konnte immer noch nicht das „*Nubian Studies and Documentation Center*“ in Khartoum registrieren. Alle Studienzentren sind in Europa und den USA. Wir haben nun mit einem solchen Studienzentrum in Kairo begonnen, das erste, das von Nubiern selbst aufgebaut wurde.

Die Idee dahinter ist, dass unsere Sprache schon verschwindet, weil die Menschen

sie immer weniger zuhause sprechen. Die Gruppen, die Nubien in den letzten Jahrhunderten verlassen hatten sind bereits völlig arabisiert, weshalb wir um unsere Kultur und Sprache fürchten. Deshalb haben wir ein Lehrbuch produziert, mit dem die nubische Sprache in Wort und Schrift erlernt werden kann. Nun versuchen wir, Lesebücher zu produzieren und Alphabetisierungsklassen mit jenen abzuhalten, die noch nubisch sprechen. Bisher gibt es aber kaum schriftliche Literatur, weil die Prosa immer nur mündlich weitergegeben wurde.

Und ihr schreibt das dann in eurer eigenen Schrift.

Natürlich. Was wir als *Nubian Alliance* geschaffen haben ist, dass wir den Leuten wieder ihren Stolz zurückgegeben haben. Wir haben den Menschen erklärt, dass das, was ihnen geschieht, nicht gottgegeben ist, sondern von Menschen gemacht wurde, und damit kann auch Widerstand dagegen geleistet werden. Daraus speist sich auch der Widerstand gegen den Kajbar-Damm.

Können sie mir etwas genauer beschreiben, wie dieser Widerstand aussieht?

Das ist sehr interessant, denn die *Nubian Alliance* ist keine Organisation, sondern eine Bewegung. Wir sind keine geschlossene Organisation, wo man um Mitgliedschaft ansuchen kann.

Wir haben Leute zurück in ihre Dörfer geschickt und sie haben dort ihr Land, ihre Dattelpalmen und Häuser. Sie können dort leben. Wir haben versucht, den Menschen in den Dörfern zu ver-

mitteln, dass sie nicht unter den Bäumen sitzen, sich betrinken und ihr Schicksal beweinen sollen, sondern dass sie dieses Projekt stoppen können. Wir haben in kleinen Gruppen begonnen und nie definiert, welche Aktionsformen die einzelnen Gruppen anwenden würden. Klar war nur, dass wir alle Vorbereitungen, den Damm zu bauen, stoppen würden. Wir werden der Regierung auf keinen Fall erlauben, diesen Damm zu errichten!

Wenn irgendwer hört, dass einer von der Regierung in das Gebiet des Dammes kommt, dann lassen die Frauen ihre Hausarbeit stehen und die Männer kommen mit ihren Äxten. Jeder nimmt irgend etwas mit und vertreibt die Personen, die hier sind, um den Dammbau vorzubereiten. Die Leute sitzen in Gruppen zusammen und schreiben Flugblätter und vervielfältigen diese von Hand. Und sie schreiben ihre Parolen auf die Wände.

Jedes Mal, wenn ein Offizieller der Regierung kommt, bekommt er Schwierigkeiten. Und die Leute haben schöne Protestformen geschaffen. Normalerweise mobilisieren sie die Leute und dann kommen alle, als ob sie den Minister, Vizepräsident oder wen auch immer begrüßen würden. Und dann, wenn all die hunderten Menschen dort sind, enthüllen sie ihre Transparente und beginnen Parolen zu rufen. Und die Sicherheitsleute können nichts machen. Die Leute schicken auch immer wieder Delegationen nach Khartoum.

Dieser Damm ist nämlich nur dazu da, unser Land zu zerstören! Während die in Ägypten schon 30 Jahre vor dem Bau des Aswan-Dammes mit Studien über die

Folgen begonnen hatten, wurde hier nichts studiert, keinerlei Folgen abgeschätzt, weder ökonomische, soziale noch ökologische Folgen. Und das Land, das hier unter Wasser gesetzt werden soll, ist fruchtbares Ackerland. Wir produzieren in Nubien pro Quadratmeter wesentlich mehr als die *Gezira-Scheme* [das große Agrarbewässerungsprojekt südlich von Khartoum, Anm.].

Das Präsidentendekret, diesen Damm zu errichten, wurde als geheimes Dokument produziert, das nicht veröffentlicht werden durfte.

Wie kam es dann an die Öffentlichkeit?

Ahh, wir haben unsere Wege, da dahinter zu kommen. Wir wussten bereits einen knappen Monat später davon

und stellten sofort ein Flugblatt her: „Ja zu Elektrizität, nein zu einem weiteren Damm!“ Das war das erste Flugblatt, das wir dazu gemacht haben und das war dann auch der Grund, weshalb uns die Regierung als oppositionelle politische Organisation angesehen hat. Wir sind aber keine politische Organisation. Die *Nubian Alliance* ist eine Graswurzelbewegung, die das Leben der Menschen in den Dörfern verbessern und der verbleibenden Bevölkerung ermöglichen will, in der Region zu bleiben, in der sie jetzt lebt.

Ich danke für dieses Gespräch und wünsche euch viel Glück bei eurem Kampf um die Zukunft Nubiens.

Danke ebenfalls.

Eduard Ploier-Preis an Context XXI-Radioproduktion

Am 26. November wurde die Sendung „Äxte gegen Technokraten“ über den nubischen Widerstand gegen den *Kajbar*-Damm, die von Radio Orange, Radio Helsinki, dem Freien Radio Oberösterreich (FRO) und Radio AGORA gesendet wurde, mit dem diesjährigen Eduard Ploier-Preis (benannt nach einem langjährigen ORF-Kurator und Erwachsenenbildner) ausgezeichnet.

Der Preis ist Teil des alljährlich von der Arbeitsgemeinschaft der Bildungshäuser, dem BüchereiVerband, dem Verband Österreichischer Volkshochschulen und dem WIFI vergebenen Radiopreis der Erwachsenenbildung (Sparte Bildung/Wissenschaft). Weitere Preise gingen an zwei Produktionen von Ö1 und die SendungsmacherInnen des Radio Orange-Projekts „Sprechen Sie unsere Sprache? Orange!“.

Die Entscheidung der Jury aus 10 MedienvertreterInnen und 9 ErwachsenenbildnerInnen sei, wie es in einer Aussendung der Preisverleiher hiess, angesichts der hohen Qualität der 16 nominierten Sendungen eine schwierige gewesen. Insgesamt waren 83 Sendungen eingereicht worden: 43 vom ORF und 40 von „privaten“ Radiosendern.

Die Preisverleihung findet am 22. Jänner 2003 um 18.30 Uhr im RadioKulturhaus zu Wien statt.

Die Redaktion gratuliert den beiden PreisträgerInnen Mary Kreutzer und Thomas Schmidinger. Möge das Buffet ein anständiges sein.

Entgrenzte Konflikte

DIE REDAKTION

Teil 1

Mary Kreuzer und Thomas Schmidinger, zwei Redaktionsmitglieder jener Zeitschrift, die Sie gerade in der Hand haben, oder deren Inhalt Ihnen auf andere Weise nutzbar gemacht wird, bewegen sich über Monate in einem für viele fremden Teil Lateinamerikas. Sie führen Interviews, machen Zufallsbegegnungen und kontaktieren langjährige FreundInnen. Aus diesen Aspekten, persönlich-politischer Geschichte und dem Interesse an intensiver Auseinandersetzung, entsteht ein Buch: *Niederlagen des Friedens. Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador*.

Teil 2

Erste Reaktionen aus dem lange vertrauten politischen Soli-Umfeld offenbaren Enttäuschung und Unverständnis über die Form der geäußerten Kritik, die sehr rasch die eigentliche Grenzlinie innerlinker Auseinandersetzung berühren und ein gap öffnen, das selbst Verleumdung und Denunziation ermöglicht. Der Kern der Kontroverse kann entlang der Position und Bedeutung von Antisemitismen in linken Analysen und Konzepten identifiziert werden, oder – terminologisch fixiert: ein Ringen um die inhaltliche Dimension von Begriffen wie USA, Imperialismus oder Solidarität. Die Begriffe „Denunziation“ und „Verleumdung“ werden durch den Kontext der Initiativen und Tätigkeiten bestimmt, dessen

Imagination in der hier geführten Debatte manchen schwer fällt. Politische Arbeit in Guatemala wurde seit Anfang der 1960er Jahre durch Bürgerkrieg, physische Bedrohungen und klare Zuordnungen bestimmt: Regierung/Militär und Guerilla bildeten jenen Antagonismus, der die Positionierung aller weiteren AkteurInnen determinierte. Diese Situation wurde durch die Friedensverträge nur bedingt durchbrochen, vielmehr scheint eine Eskalation dieser brüchigen und halbherzigen Verhandlungsergebnisse gegenwärtig, Fragen von Verfolgung und Exil werden konkret, wenn Menschen aufgrund ihrer Überzeugungen, ihres Engagements getötet werden. Eine inhaltliche Debatte ihrer Analysen und Beobachtungen wurde den AutorInnen vielfach verweigert, langjährige Zusammenarbeit und gemeinsames Bemühen (konkret Marys im ehemaligen *Solidaritätskomitee für Guatemala*, nunmehr *Guatemala Solidarität*) schlagartig beendet, und einige gingen soweit, die beiden AutorInnen als Gefahr in linken Zusammenhängen zu identifizieren, sie als VerräterInnen in die Position des Feindes zu setzen.

Um das Bild von den eurozentrischen Reisenden, die keinerlei Kompetenz und Berechtigung hätten, auch die Linke Guatemalas und El Salvadors kritisch zu betrachten, mussten die VerfasserInnen von zwei gegen die AutorInnen des Buches gerichteten

Artikeln in den Zeitschriften *Malmoe* und *Lateinamerika anders* schließlich zum Trick greifen, den am Buch beteiligten guatemalteckischen Karikaturisten Camoch totzuschweigen und aus Mary, die in Guatemala aufgewachsen ist und seither fast jährlich das Land besucht, eine uninformierte Touristin zu machen. Aber auch wenn der Co-Autor Thomas nur zweieinhalb Monate im Land war, bleibt die Frage, ob er allein kein solches Buch schreiben dürfte. Können Kompetenzen nicht auch aus der Lektüre, der Erzählung miterworben werden? Muss die „Authentizität“, das „Abenteuer“, die „Action“ dabei sein, um etwas sagen zu dürfen? Selbstentlarvender kann sich die Actiongeilheit, aber auch die Theorie- und Lese-feindlichkeit dieser Linken kaum darstellen.

Teil 3

O-Ton eines Briefes der AutorInnen an FreundInnen und Vertraute in Guatemala:

Uns wurde mehrfach unterstellt, wir würden mit unserem Buch Personen gefährden. Als Beispiel wurde in einem Artikel für die Zeitung *Malmoe* von einem österreichischen Filmemacher, der in Mexiko und Guatemala tätig ist, ausgerechnet ein Gespräch mit einem Studenten angeführt, das nicht nur aufgezeichnet wurde, sondern bei dem dieser auch noch selbst bei der Transkription behilflich war und uns genau erklärte, wie wir ihn beschreiben sollten. Der Filmemacher war sogar selbst in unserer WG zu Gast, als der

Student Mary beim Abtippen seines Interviews half. Anhand solcher Beispiele wurde uns der generelle Vorwurf gemacht, dass wir mit unserem Buch Menschen gefährden würden. Was heißt das aber, wenn wir zuerst fragen, ob wir (Teile) von Gesprächen publizieren dürfen und ob wir Namen nennen dürfen? Sind Teile der Solidaritätsbewegung der Meinung, dass wir so paternalistisch zu sein hätten, dass wir gefälligst wissen sollten, dass man doch keine Guatemaltekin als linke AktivistIn namentlich nennen dürfte? Auch dann nicht, wenn diese selbst anderer Meinung sind?

Wenn wir also – im Gegensatz zu Teilen der europäischen Solidaritätsbewegungen mit Guatemala – keine unkritische Hurra-Solidarität praktizieren, sondern Kritik üben, ist dies keine Aufkündigung von Solidarität, sondern vielmehr der Versuch eines ehrlichen Diskurses über Positionen, die wir nicht allein deshalb für sakrosankt halten, weil sie von Linken stammen, die von vielen europäischen Linken als heldenhafte Kämpfer aus dem Trikont verherrlicht werden. Genau durch diese Verherrlichung werden politische AktivistInnen in Lateinamerika in unseren Augen aber zu Objekten der Solidaritätsbewegung gemacht, in die die Hoffnungen der eigenen Hoffnungslosigkeit in Bezug auf eine revolutionäre Veränderung in Europa projiziert werden.

Teil 4

Im Buch (S. 74) wird auch eine in Guatemala lebende Österreicherin zitiert, die mit ihren GenossInnen den

11. September feierte. Ihre rückwärtsgewandte Sehnsucht und das Bedauern, die Waffe des Terrorismus reaktionären Kräften überlassen zu haben, mag viele AktivistInnen quälen, die ihre politische Identität aus einem imperialismuszentrierten Universum ableiten. Sympathien oder Verständnis für SelbstmordattentäterInnen zu artikulieren und jegliche Diskussion über die diesem Prozess inhärenten Antisemitismen zu verweigern, also die Beziehung von Dominanz und Herrschaft der USA gegenüber Lateinamerika isoliert von weiteren politischen Diskursen betrachten zu wollen, musste mit jenem Selbstverständnis kollidieren, das die AutorInnen wie die Redaktion dieser Zeitschrift formulieren. Diese Differenz markiert auch den Übergang linker Streitpositionen zu antifaschistischer Recherche, die gerade im Beispiel der Bin Laden-Euphorie eine Frage der Allianzen und letztlich die einer sinnvollen Verwendung politischer Links-Rechts-Dichotomien berührt. Das Unvermögen der Auseinandersetzung mit der eigenen Volksgemeinschaft, ihren Taten und Kontinuitäten, führt mitunter zu dem bekannten Phänomen der Übertragung eigener Vorstellungen und Wünsche auf entfernte Zusammenhänge. Eine Form der Projektion, die – als Solidarität getarnt – die eigene Position sakrosankt erscheinen lässt, stellt das Bedürfnis nach Übereinstimmung in den Vordergrund, die Waffe der Kritik wird verworfen. Die Verdammten dieser Erde werden in einem manichäischen Verständnis des Antimperialismus zum erklärten Objekt der Identifizierung. Diese

Konstellation ermöglicht nicht nur die Übernahme von Opferrhetorik, sondern auch die Übereinstimmung mit der (Groß-)Elterngeneration, was das Feindbild USA betrifft. Das meinte Eike Geisel, als er einmal dem herrschenden Antimperialismus Konformismus attestierte.

Wir sind uns selbstverständlich der unterschiedlichen Gründe für die Ablehnung der USA durch guatemalteke Linke und ÖsterreicherInnen bewusst, schließlich war die Politik der USA in Guatemala seit Jahrzehnten für die grausamen Militärdiktaturen und die Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung mitverantwortlich. Trotzdem rechtfertigt dies unserer Meinung nach in keinem Fall die Unterstützung für einen antimodernistischen, antisemitischen Anschlag, bei dem tausende ZivilistInnen in den USA ums Leben gekommen sind. Noch schlimmer wird so eine Aussage, wenn sie von einer Österreicherin kommt, die Nachkommen einer Gesellschaft ist, die nur durch die militärische Gewalt der USA (gemeinsam mit der Sowjetunion und Großbritannien) dazu gezwungen werden konnte, die industrielle Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden zu beenden. Während Guatemala den USA eine jahrzehntelange Militärdiktatur (mit-)verdankt, verdankt Österreich den USA die Wiedererrichtung einer halbwegs demokratischen und zivilisierten Gesellschaft. Angesichts dieses Hintergrundes hielten wir es für gerechtfertigt, solche Äußerungen¹, wie die Tatsache, dass am 20. Oktober 2001 auf der Demonstration zum Jahrestag der Oktoberrevolution eine größere Gruppe von StudentInnen mit T-Shirts herumliefen und verkauften, auf deren Vorderseite

ein Bild von Usama Bin Laden mit dem Spruch „Es ist Zeit für die Völker sich gegen den Imperialismus zu erheben; Genesis 9:11“ und auf der Rückseite mit dem Satz: „Die USA erleben jetzt, was wir jahrelang erleben mussten. Sie bekommen was sie verdienen!“ zu sehen war.

Diese Wahrheiten sind zwar schmerzlich und für Teile der guatemalteke Linken nicht eben schmeichelhaft, aber wir denken, dass es für eine ehrliche Auseinandersetzung und Debatte über die Situation in Guatemala und für eine inhaltliche Debatte mit der guatemalteke Linken unerlässlich ist, auch diese Aspekte aufzuzeigen und nicht nur in kritiklosen Jubel über die Objekte der eigenen Begierde zu verfallen.

Teil 5

Der von den AutorInnen verwendete Begriff der „kritischen Solidarität“ fordert jene offene Form der Konfrontation, die eine Absage an eine tradierte politische Arbeitsteilung vorsieht und in der herkömmlichen Wertung von Theorie und Praxis Positionen verteilt: jener romantisch verklärte Blick auf das konkrete Tun der GuerillakämpferInnen einerseits, jener zur intellektuellen Produktion – wenn schon nicht Revolution – beitragenden europäischen AkteurInnen andererseits. Den Kontext konkreter Kämpfe beachtend, kann es wenig zielführend sein, Grundsätze linker Überzeugung zu missachten. Hingegen bedeutet Kritik an falschen Hoffnungen zu üben, deren Perspektive nur katastrophal genannt werden kann, eine Möglichkeit der gewünschten Veränderung und transatlantischen Kooperation wahrzunehmen.

Wer nicht lesen mag, der höre: "Niederlagen des Friedens. Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador" → siehe Seite 31

Wer mehr lesen mag, die abonniere: → siehe Seite 30

¹ *Wir verzichteten dabei auf eine Namensnennung!*

Österreich Ist Frei

Wie in einem Land alles möglich sein kann

Vom Service her gehören die österreichischen Sozialversicherungsanstalten bekannter Maßen nicht zu den schlechtesten. Es gibt nicht nur eine funktionierende Bürokratie; die Angestellten geben außerdem gerne Auskunft und zeigen sich im wesentlichen pragmatisch. Wenn der Sozialminister posaut, Deserteuren aus der Wehrmacht stünden für ihre Haftzeiten in Konzentrationslagern und Gefängnissen keine Ersatzzeiten für die Pensionsversicherung zu und man kann es nicht glauben, empfiehlt sich also die Nachfrage bei einer Pensionsversicherungsanstalt.

VON PETER PIRKER*

Ein ehemaliger Deserteur bittet mich, dies für ihn zu tun. Der 80-jährige Mann ist sich unsicher, ob er Pensionsersatzzeiten für seine Gefängnis- und KZ-Haft angerechnet bekommen hat.

Herr X. bezog im Juli 1943 einen Bunker in einem Osttiroler Bergwald. Hinter ihm lagen einige Monate als Soldat an der Eismeerfront. Die Brutalität der Wehrmacht und vor allem der Umgang mit den Kriegsgefangenen lösten bei dem damals 20-jährigen Bauernsohn Widerstand aus. Er hoffte auf eine baldige Niederlage der Wehrmacht. Die US-Armee war ja schon auf Sizilien gelandet. Doch im Jänner 1944 wurde das Versteck der mittlerweile dreiköpfigen Gruppe verraten. Das Divisionsgericht verurteilte Herrn X. zum Tode, das Urteil wurde später in eine langjährige Kerkerstrafe umgewandelt.¹ Zunächst hieß das rund sechs Monate GESTAPO-Haft, dann fünf Monate KZ Börgermoor, dann Wehrmachtgefängnis in Torgau. Im Frühjahr 1945 wurde Herr X. schließ-

lich in ein Bewährungsbataillon gezwungen. Er hatte Glück, überlebte die Rückzugsgefechte der Einheit, wurde von der Roten Armee aufgelesen, gut behandelt und erhielt schließlich Entlassungspapiere. Tschechische Soldaten nahmen ihm dann aber auf dem Weg nach Österreich die Papiere ab und verpflichteten ihn zur Arbeit. Im Dezember 1945 gelang ihm die Flucht, im Jänner 1946 war seine Odyssee zu Ende. Das Urteil der Wehrmachtsjustiz gegen ihn wurde nie aufgehoben, Entschädigung bekam er keine, um einen Opferausweis suchte er nie an.

Wenn wir diese Geschichte auf Pensionsersatzzeiten herunterbrechen wollen, stünden Herrn X. insgesamt 29 Monate Ersatzzeit für die Pensionsversicherung zu. Wir gehen bei dieser Rechnung von einer Gleichbehandlung mit Wehrmachtssoldaten oder Angehörigen der Waffen-SS aus. Das Sozialministerium würde ihm aber lediglich die Zeiten seiner Vogel-Freiheit im Wald, später im Bewährungsbataillon und der Gefangenschaft in Tschechien anrechnen. Akkurat die Schreckenszeit in den Klauen des

Nazi-Terrors würde das Ministerium unterschlagen. Der Grund: Desertion aus der Wehrmacht gilt in Österreich als eine Tat, die von der Wehrmachtsjustiz zu Recht bestraft worden ist. Wer den Dienst in der Wehrmacht nicht „ordentlich“ erledigt hat, wird daher von der 2. Republik mit dem Entzug von Pensionsersatzzeiten ein zweites Mal bestraft. Ein vehementer Vertreter dieser Interpretation des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG) ist Sozialminister Herbert Haupt, einer der aufopferungsvoll um Entschädigungen für Kriegsgefangenen aus Wehrmacht und SS gekämpft und schließlich im Verein mit dem Kameradschaftsbund auch durchgesetzt hat. Die Kriegsgefangenenentschädigung wird übrigens als monatliche Zusatzpension ausbezahlt.

In einer parlamentarischen Anfragebeantwortung begründete Haupt seine Ansicht mit dem § 228 des ASVG. Wer sich die Mühe macht, dort nach zu lesen, wird kein Wort über Desertion oder Fahnenflucht finden. In Bezug auf den Nationalsozialismus heißt es bloß: „Als Ersatzzeiten gelten (...) Zeiten, während derer der Versicherte infolge einer Freiheitsbeschränkung – sofern es sich nicht um Zeiten einer Freiheitsbeschränkung auf Grund einer Tat handelt, die nach den österreichischen Gesetzen im Zeitpunkt der Begehung strafbar war oder straf-



*) Peter Pirker ist freier Journalist und Politikwissenschaftler.

bar gewesen wäre, wenn sie im Inland gesetzt worden wäre – an der Verfügung über seine Arbeitskraft gehindert gewesen ist.“ Die gesetzlichen Bestimmungen beruhen also auf einem Gedankenexperiment. Wer unter den Nazis für eine Tat verurteilt wurde, die schon vor 1938 strafbar war, wurde demnach zu Recht verurteilt und erhält keine Pensionsersatzzeiten für eine Haft. Bei einem Mord aus Eifersucht mag dieses Experiment noch aufgehen (Mord aus Eifersucht bleibt Mord aus Eifersucht), bei dem Delikt Desertion aus der Wehrmacht geht es gehörig daneben. Denn vor dem Anschluss hat es kein Gesetz gegeben, dass die Desertion aus der Wehrmacht unter Strafe stellen würde. Die Hauptsche Logik besagt aber, ein österreichischer Deserteur sei von den Nazi-Richtern zu Recht verurteilt worden, weil auch schon vor dem Anschluss die Desertion eines Österreicherers im Inland aus der Deutschen Wehrmacht strafbar gewesen wäre. Nonsens? Ja. Über das ASVG ist die Ansicht des Sozialministers also nicht zu verstehen. Dem Hauptschen Denken dürfte mit Logik aber ohnehin nicht beizukommen sein. Da geht es wohl um Ehre, Treue, Volk, Reich und Vaterland und das ist ein anderes Kapitel. Lassen wir das, halten wir uns an das Recht und erkundigen wir uns bei der Pensionsversicherung, wie es tatsächlich mit den Pensionsersatzzeiten aussieht.

Die Vermittlung stellt mich dem zuständigen Sachbearbeiter durch. Ich nenne ihm die notwendigen Daten, erkläre die Sachlage und stelle ihm schließlich folgende Frage: „Können Sie mir sagen, ob der Pensionist X. die

Zeiten in der GESTAPO-Haft und im KZ für die Pensionsversicherung angerechnet bekommen hat?“

Die Antwort kommt schnell und sicher:

„Die sind sicher nicht angerechnet worden. Für GESTAPO-Haft, KZ-Haft, Wehrmachtshaft wegen Desertion gibt es keine Ersatzzeiten, nur für den Kriegseinsatz und dann Kriegsgefangenschaft bei den Alliierten.“

„Sind Sie sicher, dass Herr X. die Monate seiner Haft nicht angerechnet bekommen hat?“

„Normalerweise gibt es dafür keine Ersatzzeiten, wir sind für solche Fälle aber nicht zuständig.“

„Die Pensionsversicherungsanstalt ist dafür nicht zuständig?“

„Nein, wir haben damit nichts zu tun.“

„Wer denn?“

„Wenden Sie sich an einen jüdischen Verein ...“

„Wie meinen Sie das?“

„Die kennen sich da aus.“

„Aber es geht um die Pension ...“

„Ja, vielleicht wissen die was ...“

„Aber Herr X. ist ein Bauer aus Tirol ...“

„Ja das weiß ich schon, probieren Sie es trotzdem bei dem jüdischen Verein, die kennen sich da aus, bei uns gibt es keine Ersatzzeiten für das KZ ...“

„Welchen Verein meinen Sie ...“

„Versöhnungsfonds oder so heißt der irgendwie ..., vielleicht wissen die was.“

„Über die Pensionsersatzzeiten von Herrn X.? Holen Sie doch mal den Akt!“

Im Hintergrund ist ein Vorgesetzter aufmerksam geworden und mischt sich ein.

Der Sachbearbeiter wird nervös, unterbricht das Gespräch und holt schließlich den Pensionsversicherungsakt von Herrn X. Der Mann blättert kurz in



Foto: Stella Pügg-Waldmüller

den Papieren. Schließlich frohlockt er:

„Die Zeiten von April 1942 bis Jänner 1946 sind eh angerechnet worden.“

„Ach so, obwohl Herr X. desertiert und verurteilt worden ist?“

„Ja, wir haben da ein Schreiben von der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter. Die hat bestätigt, dass Herr X. ganz normal Kriegsdienst geleistet hat. Die ganze Soldatenzeit ist für die Pension angerechnet.“

Ich bin etwas perplex. „Ach so? Herr X. war also kein Deserteur?“

„Das weiß ich nicht, hier steht auf jeden Fall, er hat Kriegsdienst geleistet, es passt also alles.“

Weil wir gerade ein so aufschlussreiches Gespräch führen, frage ich noch wegen einer Kriegsgefangenenentschädigung für Herrn X. nach. Die Anträge dafür sind bei den jeweiligen Pensionsversicherungsanstalten zu stellen. Wie erwähnt war Herr X. nach Kriegsende sieben Monate in tschechischer Gefangenschaft. Vom Gesetz her stünde ihm die monatliche Zusatzpension also zu, er ist Mindestrentner und braucht jeden Cent. Vor-

1 Sein Freund Franz Stolzlechner wurde am 9. Juli 1944 auf dem Militärschießplatz in Kagran hingerichtet.

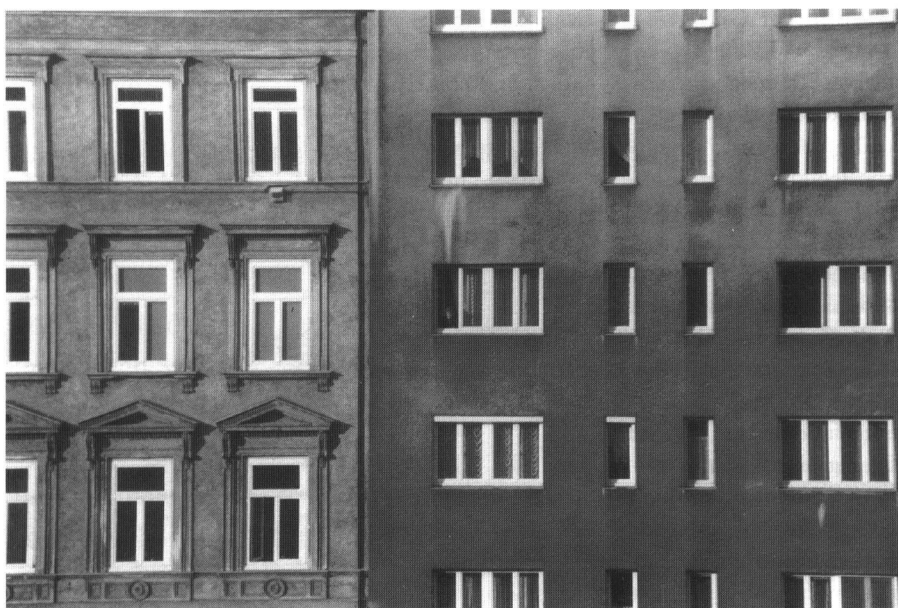


Foto: Stella Puig-Waldmüller

sichtshalber erwähne ich, dass Herr X. keinen Entlassungsschein aus der Gefangenschaft hat, weil er geflohen ist.

„Schreiben’S einfach rein: Keine Dokumente vorhanden. Das passt dann schon. Da sind wir nicht so“. Auf dem Antrag gibt es auch Fragen zu möglichen Verurteilungen nach dem Kriegsverbrechergesetz, NS-Wiederbetätigung oder NSDAP-Mitgliedschaft. Alles Makulatur, wie sich herausstellt. „Werden diese Angaben alle überprüft?“ „Nein, wir schauen nur, ob sich die Angaben nicht widersprechen.“ Aha.

In etwa zur selben Zeit hat Herr X. einen Antrag auf Entschädigung aus dem Nationalfonds der Republik für Opfer des Nationalsozialismus gestellt. Bis vor kurzem hatte er nichts von der Existenz des Fonds gewusst. Der 80-Jährige hätte das komplizierte Formular ohne Hilfe auch wohl niemals ausgefüllt. Nun wird sein Antrag im Nationalfonds vom zuständigen Gremium, dem Komitee, geprüft. Es besteht unter anderem aus Politikern wie den

beiden Nationalratspräsidenten Fischer und Fasslabend. Das Komitee tut sich gelinde gesagt schwer, Anträge von Deserteuren positiv zu bescheiden. Etliche Anträge sind abgelehnt worden. Geprüft wird vor allem, warum die Nazis den Antragsteller verfolgt haben. Deserteure müssen politische oder religiöse Motive glaubhaft machen können. Ob die Verfolgung von Deserteuren, die am Vernichtungsfeldzug nicht mehr mitmachen wollten, oder es vorzogen, mit den Partisanen gegen die Wehrmacht zu kämpfen oder einfach von ihren durchgeknallten Nazi-Vorgesetzten „die Schnauze voll“ hatten, als politisch zu werten ist, darum wird im Kuratorium also gerungen. Fasslabend plagt etwa die Angst, dass Kriegsverbrecher Entschädigungen des Opferfonds bekommen könnten. Er malt sich das Hirngespinnst von einem SS-Offizier aus, der nach begangenen Kriegsverbrechen aus Angst vor der Wehrmachtsjustiz (!) desertiert sei und nun um Entschädigung ansuchen könnte. Da solche Diskussionen

eben ihre Zeit brauchen und die Entscheidungen im Konsens gefällt werden, können schon einmal zwei Jahre vergehen, bis ein Deserteur von einer Entscheidung erfährt – so er dann noch lebt. Jeder Einzelfall muss eben akribisch geprüft werden. Dieses Vorgehen wird juristisch auch dadurch gestützt, dass die Urteile der NS-Richter gegen Deserteure ja immer noch nicht aufgehoben sind.

Herrn X. befallen inzwischen Zweifel. Er befürchtet abgewiesen zu werden. War es überhaupt richtig, einen Antrag zu stellen? Die Recherchen rund um seine pensions-, straf- und entschädigungsrechtliche Situation werden – wenig überraschend – zu einer Reise in das Innere Österreichs. Man lernt die Eingeweide des Landes wieder einmal so richtig gut kennen. Es ist ein traumhaftes Land. Fassen wir zusammen:

Im bekannt klaren Duktus des Sozialministers, erstens: Desertion aus der Wehrmacht ist strafbar, unstatthaft und verwerflich, weil ein Richter, der fiktiv dem österreichischen Gesetz von 1938 unterstehend, einen real existierenden Deserteur der deutschen Wehrmacht für eine Desertion aus einer fiktiven österreichischen Armee in einem fiktiven österreichischen Inland während einem real existierenden Nationalsozialismus schuldig gesprochen hätte.

Zweitens: Wer vor der krausen Logik des Sozialministers bei Recht und Gesetz Zuflucht finden will, greift ins Leere. Denn als gewiss gilt hierzulande offenbar, was sich zwar im Gesetz nicht findet, aber postnationalsozialistischer common sense ist: Einem Deserteur steht keine

Ersatzpensionszeit zu. Ge-handhabt wird die Sache aber pragmatisch. Statt das ASVG zu überprüfen oder, wie sonst üblich, zu novellieren, wird der Deserteure in einen braven Wehrmachts-soldaten verwandelt – und erhält seine Haftzeiten als reguläre Kriegsdienstzeiten angerechnet. Alle sind zufrieden – nur dem Deserteur ist dieses Narrenstück auch Jahrzehnte später nicht ganz geheuer.

Drittens: Einem Deserteur, der zu Kriegsende noch das Pech hat, in Kriegsgefangenschaft zu geraten, wird eine Kriegsgefangenenentschädigung ohne großes Federlesen nachgeschmissen. Bitte nimm sie! Du bist ein Opfer der Alliierten!

Viertens: Politiker prüfen im Komitee des Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus, ob der Antrag eines Deserteurs richtig begründet ist. Folgt sie der Ansicht der Pensionsversicherungsanstalten inkl. des Sozialministers müssten sie immer gegen einen Deserteurs-Antrag entscheiden. Denn, siehe erstens, eigentlich ist eine Desertion ein Kriminal. Nun werden Deserteursfälle aber immer wieder mal – nach langem Zaudern und Zögern – positiv beschieden. Eine zu Recht erfolgte Verurteilung wird dann zu typisch nationalsozialistischem Unrecht und damit zu einem Entschädigungsgrund. Österreich beißt sich in seinen eigenen Nazi-Schwanz.

Fünftens: Die Urteile der NS-Militärjustiz sind von Staats wegen nie aufgehoben worden, obwohl ein von den Alliierten initiiertes Gesetz aus dem Jahre 1945 genau das von der Republik verlangt. Nachsatz: Als Grund dafür, warum die Urteile jetzt

nicht aufgehoben werden, wird angegeben, es wäre schon damals nicht passiert. Und das werde wohl seinen Grund gehabt haben.

Sechstens: Für die Pensionsersatzzeiten sind im Zweifel die Juden zuständig. Die sind Spezialisten dafür, wie man aus einer berechtigten KZ-Haft auch noch Geld herausholen kann.

Personenkomitee „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“

Nach 1945 schwiegen sie, wurden sie zum Schweigen gezwungen. Nun haben sich einige der wenigen noch lebenden Wehrmachtsdeserteure zu einem Personenkomitee zusammengeschlossen, um von der Republik späte Gerechtigkeit einzufordern: „Es ist untragbar: Während ehemalige Nationalsozialisten rasch in die Zweite Republik integriert wurden, hat Österreich gerade jenen eine Rehabilitierung versagt, die nicht bereit waren, für das Terrorregime des Nationalsozialismus zu kämpfen.“

Das Personenkomitee fordert

- die Anerkennung der Opfer der NS-Militärjustiz als Verfolgte des Nationalsozialismus durch pauschale Aufhebung der entsprechenden Urteile durch den Nationalrat,
- die Anerkennung von Haftzeiten in Konzentrationslagern und Gefängnissen zumindest als Ersatzzeiten für die Pensionsversicherung,
- die Aufnahme der Opfer und ihrer Hinterbliebenen in das Versorgungs- und Entschädigungsrecht sowie

Zum Finale: Der Präsident des Kameradschaftsbundes, Keimel, erklärte nach Jahren der Deserteurs-Verteufelung im Mai d. J. zur Überraschung seiner Kameraden: „Auch ich war ein Deserteur.“ Er hatte zwei Tage vor Kriegsende seinen Gefechtsstand in Südtirol verlassen. Um Entschädigung hat er noch nicht angesucht. Pen-

sionsproblem dürfte er auch keines haben. Verurteilung gibt es keine aufzuheben. Er ist ein vorbildlicher Deserteur – einer wie ihn sich Österreich nur wünschen kann. Gut möglich, dass ihn Bundeskanzler Schüssel demnächst zum Freiheitskämpfer ernennt.

Alles ist möglich. Österreich ist frei.

- die Förderung der geschichtlichen und politischen Aufarbeitung der NS-Militärjustiz durch die Republik.

Auf Einladung des Komitees fand am 31. Oktober am ehemaligen „Militärschießplatz Kagran“ im Wiener Donaupark eine Gedenkveranstaltung statt (www.deserteursberatung.at/schwerpunkte/desertion/2wk_des_index.htm). An dieser Hinrichtungsstätte wurden allein zwischen 1940 und 1943 mehr als 1000 Soldaten, aber auch homosexuelle Polizisten wegen Hochverrat, Wehrkraftzersetzung und Desertion umgebracht. Ihre Geschichte wurde jetzt vom Dokumen-

tationsarchiv des Österreichischen Widerstandes erforscht, nachzulesen in einer demnächst erscheinenden Publikation. Übrigens: Die Autoren Herbert Exenberger und Heinz Riedel stießen auch auf den Bericht eines Soldaten, dessen Weigerung, an einem Erschießungskommando teilzunehmen, weitgehend folgenlos blieb.

Das Personenkomitee wird von zahlreichen Personen unterstützt, unter ihnen bekannte HistorikerInnen, SchriftstellerInnen, etc. Wer sich den Forderungen anschließen möchte, richtet eine eMail an:

pkdeserteure@gmx.at.

(mk)



ehem. „Militärschießplatz Kagran“, 31.10.2002

Hussein statt Sichrovsky

Die FPÖ wurde, was sie war

Fast untergegangen im FPÖ-Richtungsstreit ist der Rückzug von Peter Sichrovsky. Dies wohl auch deswegen, weil nach der Abrechnung des ehemaligen Generalsekretärs mit seiner Partei diese nun noch schwerer zu verharmlosen ist.

VON HERIBERT SCHIEDEL

Wenn Sichrovskys Erkenntnis, wonach es sich bei Haiders Agitation um Antisemitismus handle, auch ziemlich spät eingesetzt und bezeichnenderweise für ihn keine Folgen (Parteiaustritt) hat, so ist sie dennoch in ihrer politischen Relevanz nicht zu unterschätzen. Dass diese Erkenntnis dennoch auch innenpolitisch folgenlos bleiben wird, bestätigt einmal mehr Michael Scharangs Diktum, wonach dieses Land kein Skandal erschüttern kann, weil dieses Land ein Skandal ist.

Jüdisches Alibi?

Welche Rolle ist Sichrovsky als Jude in der FPÖ, dieser (nicht bruchlosen) parteiförmigen Fortführung der völkisch-antisemitischen Traditionslinie nach 1945, zugekommen?

Vor allem war es an ihm, der Kritik am antisemitischen Charakter des Haider-Projektes den Wind aus den Segeln zu nehmen. Schon Sichrovskys Position in der FPÖ sollte belegen, dass der Antisemitismus-Vorwurf an die Adresse der FPÖ keine Berechtigung habe. Im Bedarfsfall kam ihm die Aufgabe zu, seinen Parteifreunden einen Persilschein auszustellen. So geschehen etwa im Fall des Linzer FPÖ-Obmannes Raimund Wimmer, der 1989 im ORF-Interview sagte: „Hier 50.000 Juden anzusiedeln, wie (ich) das gehört habe vom Zilk, das ist unmöglich. Was täten wir da-

mit, der kennt die Juden nicht. Ich war im Krieg überall. Ich hab sie überall kennen gelernt (...) na ja, die würden sich wundern, wenn die Bejkelesjuden würden herumrennen in Wien. Machen wir doch lieber unser eigenes Volk.“

Anfang 2000 vom Nachrichtenmagazin *Format* nach seiner Einschätzung dieser Wortspende gefragt, meinte Sichrovsky lapidar: „Man kann ja noch eine Meinung gegenüber extrem religiösen Juden haben, ohne daß man sofort als Antisemit abqualifiziert wird.“

Gänzlich aufgegangen ist Sichrovsky in seiner Funktion während der freiheitlichen Kampagne gegen die *Israelitische Kultusgemeinde* (IKG) und ihren Präsidenten Ariel Muzicant, welcher im Oktober 1999 den FPÖ-Wahlkampf gegen „Überfremdung“ und Haider persönlich für die sich häufenden antisemitischen Drohungen und Pöbeleien verantwortlich machte. Die Anfang 2000 einsetzende und im Wiener Wahlkampf 2001 noch verstärkte antisemitische Agitation, welche in Haiders „Wortspiel“ mit Muzicants Vornamen und der Entlarvung des SPÖ-Beraters Greenberg als Vertreter der „Ostküste“ kulminierte, ist aber nicht als Reaktion auf die Kritik des IKG-Präsidenten zu begreifen.¹ Vielmehr ist dieser nun offen vorgetragene Antisemitismus in Zusammenhang mit der fortge-

setzten Inszenierung Haiders als Oppositionsheros zu bringen: Nun selbst an der politischen Macht partizipierend, mussten Haider und Kame raden Ausschau halten nach einer „Macht“, an welcher sich die rebellischen Impulse weiter austoben können. Und wer eignet sich (neben den „Bonzen“ in Brüssel) dafür besser als Juden und Jüdinnen, welchen ausgehend vom Vorwurf des Gottesmordes seit Jahrhunderten eine unheimliche Machtfülle angedichtet wird?

Dementsprechend begann Haider in bewährter Manier gegen die „Ostküste“ und ihre Ableger in Österreich, welche von ihm als Drahtzieher der internationalen Ablehnung der FPÖVP-Koalition entlarvt wurden, zu polemisieren. Muzicant wurde von Haider nicht nur als „Immobilienpekulant“ in die Nähe unsauberer Geschäfte gebracht, sondern auch als „personifizierte Unversöhnlichkeit“, welche „Österreich in Washington in den Rücken gefallen“ sei, mit dem Verdikt des Landesverrates belegt: „So jemand ist kein patriotischer Österreicher, sondern so jemand hat seine Verpflichtung gegenüber dem eigenen Land gröblich missachtet.“ Auf den Ausschluss des verräterischen Juden zielte Haiders mit seiner Aussage, wonach Muzicant „im Spektrum der demokratischen Kräfte relativ wenig Platz hat“ oder „nicht für die Demokratie (taugt)“. Der

IKG-Präsident sei „kein guter Österreicher“, weil er der FPÖVP-Regierung den „Krieg“ erklärt und damit eine „österreichfeindliche Gesinnung“ an den Tag gelegt habe.

Sichrovsky wollte dieser grandiosen Verdichtung antisemitischer Stereotype zum Trotz an Haider's Attacken nichts Problematisches sehen. Vielmehr stimmte auch er selbst in die Hasstiraden ein. Gegenüber der slowenischen Tageszeitung *Delo* behauptete er Anfang März 2000, dass „die Mitglieder der jetzigen jüdischen Gemeinschaft in Österreich keine österreichischen Juden sind.“ Laut Sichrovsky seien die „heutigen Führer“ der IKG nach Österreich gekommen, um hier Geld zu verdienen. Sie würden „sich hier nicht zu Hause fühlen“ und seien „mit diesem Staat nicht gefühlsmäßig verbunden“. Muzicant beschrieb er als „einen aggressiven, zornigen Menschen, der ungeheuer geizig ist und ungeheuer reich wird.“ „Berufsjuden“ wie Muzicant oder der mittlerweile verstorbene Vorsitzende des *Zentralrates der Juden in Deutschland*, Ignaz Bubis, stünden „an der Spitze (...) jener jüdischen Organisationen, welche wegen der Vergangenheit so wichtig und stark wurden. Sie haben das weltweite Gefühl der Schuld ausgenutzt und wurden äußerst einflussreich.“ Heute bestreitet Sichrovsky, diese Aussagen gemacht zu haben. Auf jeden Fall legte Sichrovsky kurz darauf im FPÖ-Parteiorgan *Neue Freie Zeitung* Muzicant folgende Worte an die EU-Berichterstatter in den Mund: „Liebe Weisen, in Österreich herrscht Rassismus, weil ich immer noch

erst der zweitreichste Immobilienhändler bin.“

„Ich bin gescheitert“

Im Gefolge von Riess-Passer, Grasser und Westenthaler hat Sichrovsky ebenfalls seinen Rückzug verkündet. Wenn auch die „rechtsradikale Revolution“ (Sichrovsky) von Knittelfeld den unmittelbaren Ausschlag für den Bruch gegeben hat, so kam dieser nicht überraschend. Der vom burschenschaftlichen Kern der FPÖ stets mit Argwohn bedachte Sichrovsky ging im November 2001 erstmals auf offenen Konfrontationskurs mit dem schmissigen Haider-Lager: Er distanzierte sich von einem Treffen europäischer Rechts-extremisten auf Burg Krainichberg (Gloggnitz/NÖ) und erklärte die Teilnahme von FPÖ-Kadern zu deren privater Angelegenheit. Angesichts der damals öffentlich gewordenen Anstrengungen des Haider-Beraters Andreas Mölzer, eine „Euro-Rechte“ unter freiheitlicher Führung zu bilden, betonte Sichrovsky (auch in seiner Eigenschaft als Europaparlamentarier), dass die FPÖ „weder die Absicht noch das Ziel (hat), gemeinsam mit so genannten ‚rechten‘ oder ‚rechtsextremen‘ Parteien in Europa zusammenzuarbeiten oder gemeinsame Listen für nationale oder europaweite Wahlen zu erstellen.“ Als sich dennoch Ende Juli 2002 in Klagenfurt die Spitze des Vlaams Blok mit Haider traf und dieser laut über ein Bündnis mit den flämischen Nationalisten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nachdachte, war der um internationale Salonfähigkeit bedachte Generalsekretär endgültig desavouiert.

Während am 8. Mai 2002 der burschenschaftliche Kern der FPÖ, allen voran Volksanwalt Ewald Stadler, öffentlich diesen Tag als einen der „totalen Niederlage“ beging, betonte Sichrovsky gemeinsam mit seiner Obfrau den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes. Riess-Passer sprach gar von der „Dankbarkeit gegenüber all jenen, die dazu beigetragen haben, dass wir heute in Frieden und Sicherheit leben“, wobei sie nicht (wie Haider das wiederholt am Ulrichsberg tat) an die Vernichtungskrieger der Wehrmacht und Waffen-SS dachte. Knapp ein Monat später zählte Sichrovsky auch zu den parteiinternen KritikerInnen von Stadlers berüchtigter „Feuerrede“, die in einer Gleichsetzung der alliierten Kontrolle zwischen 1945 und 1955 mit dem Nationalsozialismus gipfelte.

Das Fass zum Überlaufen brachten schließlich die weltanschaulich motivierten Besuche Haider's bei Saddam Hussein, der Hitlers „Mein Kampf“ schon mal als das „das wichtigste in unserem Jahrhundert geschriebene Buch“ bezeichnet hat. Gegenüber *profil* betonte Sichrovsky, dass es Haider's in diesem Zusammenhang betriebene Denunziation Israels als Diktatur war, die ihn „verletzt“ habe. Dass der „Araberfreund“ (Haider über Haider) Finanzminister Grasser nach dessen Kritik in News nachsagte, er brauche für „einen Job in den USA (...) das Wohlwollen der Ostküste“, ist für Sichrovsky „krasser Antisemitismus“. „In jeder anderen Demokratie“, so der Ex-Generalsekretär, „wäre er als Politiker nicht mehr tragbar.“ Nach dem späten Zeitpunkt

dieser Einsicht befragt, meint Sichrovsky, dass ihn „das doppelte Maß gestört“ habe: „Wenn Mock von der Ostküste gesprochen hat, gab es keine Aufregung, bei Haider schon.“ Bei aller Unvollständigkeit der Wahrnehmung, weist er damit doch auf das Dilemma eines Antifaschismus hin, der zur Legitimationsideologie von SPÖ und ÖVP verkommen ist. Es war laut Eigenbekundungen diese Verlogenheit des parteiförmigen Armes der Sozialpartnerschaft im Umgang mit der NS-Vergangenheit und aktuellem Antisemitismus, die Sichrovsky zur FPÖ getrieben hat. Anstatt das Problem des Nachlebens des Nationalsozialismus (oder seiner einzelnen Komponenten) in der Zweiten Republik offen zu benennen, hat sich Sichrovsky also vielmehr selbst zu einem Teil desselben gemacht.

Daneben will er die Nähe Haiders gesucht haben, um diesen „zu beeinflussen“ und die FPÖ gegenüber der politischen Mitte zu öffnen.² Im Interview mit der Zeitschrift *NU* drückt Sichrovsky heute sein Erstaunen darüber aus, dass ihn „damals der Rest – die Basis der Partei – (...) akzeptiert“ habe. Dieses Stauen würde sich verlieren, wenn der Antisemitismus nicht auf seine nationalsozialistische Artikulationsform reduziert wird: Denn welche/r AntisemitIn kennt heute nicht auch einen Juden oder eine Jüdin, die vom Verdikt ausgenommen sind? Hinter dieser Ausnahme sind nicht nur taktische Motive (die versuchte Immunisierung gegenüber dem Antisemitismus-Vorwurf) zu vermuten, sondern auch unbewusste. Insbesondere Haider versuchte über seine Beziehung

zu Sichrovsky eine Lösung aus der schuldhaften Verstrickung mit dem Nationalsozialismus. Als Autoritärer unfähig, sich tatsächlich von seinen (vormalig nationalsozialistischen) Eltern zu lösen, floh er statt dessen vorübergehend in die Identifizierung mit Sichrovsky als Repräsentanten der Opfer. Diese Heilung musste notwendig prekär bleiben, um schließlich wieder ganz umzuschlagen. Der schmale Grat zwischen Liebe und Hass hat seine Entsprechung im Verhältnis von Philo- und Antisemitismus.

Sein diesbezügliches Scheitern eingestehend, beschreibt Sichrovsky im *profil* Haider als einen „Vertreter“ jener „Generation, die es nicht geschafft hat, sich von den Überzeugungen seiner Eltern zu lösen.“ In *NU* wird er noch deutlicher: „Derselbe Mann, der gesagt hat, wie wichtig die Wiedergutmachung ist, (...) der hat plötzlich in jeder zweiten Rede gemeint, was man den Juden jetzt alles in den Rachen stopfe, sollten doch besser die Sudetendeutschen bekommen. Mir kam das alles vor wie eine verbitterte Abrechnung. Denn er hat ja seiner Meinung nach mit seinen Entschuldigungen für die früheren Aussagen über die Nazizeit einen Kniefall vor der kritischen Welt gemacht – und niemand, vor allem nicht die jüdischen Organisationen, haben ihm den honoriert. Daraus resultiert auch sein Ärger über Gianfranco Fini, der diesen Weg erfolgreich gegangen ist, und jetzt sogar nach Israel eingeladen wurde. Haider wirft Fini vor, sich vor den Juden ‚auf den Bauch gelegt‘ zu haben, wozu er selbst nie bereit wäre.“

Epilog

Über eine ÖVP, die sogar mit der FPÖ nach Knittelfeld eine Koalition nicht ausschließen wollte, können nur jene staunen, welche die antisemitische Tradition der *Christlich-Sozialen* vergessen haben. Aber auch die jüngere Vergangenheit der Konservativen steht nicht im Widerspruch zum Werben um die FPÖ: War es doch die ÖVP, die 1970 ihren Kandidaten Josef Klaus (in der Ersten Republik übrigens ein Agitator in der stramm antisemitischen *Deutschen Studentenschaft!*) gegenüber Bruno Kreisky als „echten Österreicher“ beworben hatte. Auch war es bekanntlich die ÖVP, die 1986 ihren Bundespräsidentenschaftskan-

didaten Waldheim in einer antisemitischen Kampagne gegen die „Ostküste“ durchsetzte. Und eine Woche vor den Wahlen sorgte der anlässlich seines 90sten Geburtstag von der ÖVP-Spitze hofierte ehemalige CSU-Europaparlamentarier Otto Habsburg mit einschlägigen Äußerungen für Aufregung: Im Interview mit der FPÖ-nahen Wochenzeitung *Zur Zeit* behauptete der konservative Wahlhelfer, dass im Pentagon „die Schlüsselpositionen mit Juden besetzt sind“ und dieses „heute eine jüdische Institution“ sei.

Wie stets in vergleichbaren Fällen muss Kanzler Schüssels Schweigen auch hier als Zustimmung verstanden werden.

-
- 1 *Zu dieser Kampagne ist übrigens gerade ein Buch erschienen: Pelinka, A.; Wodak, R. (Hg.): „Dreck am Stecken“. Politik der Ausgrenzung. Wien 2002 (Czernin). Muzicant klagte Haider nach dessen Ausfällen wegen übler Nachrede. Eine weitere Anzeige wurde gegen Haider eingebracht wegen des Verdacht auf Verhetzung. Diese wurde jedoch von der Justiz zurückgelegt. Muzicants Klage hingegen wurde in mehreren Prozessen zugelassen. Ende Januar 2002 haben sich Muzicant und Haider auf eine „außergerichtliche Generalvereinbarung“ verständigt, mit welcher alle Verfahren beendet wurden. Haider hat dabei nicht nur sämtliche inkriminierten Äußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns und der Entschuldigung zurückgezogen und sich verpflichtet, in Zukunft derartige und sinnähnliche Aussagen zu unterlassen, sondern auch erklärt, dass er die Gefährlichkeit bestimmter Andeutungen und Wortspiele erkannt hat.*
 - 2 *Neben den Motiven, welche Sichrovsky für sein 1996 begonnenes Engagement bei der FPÖ selbst geltend macht (v.a. der Wunsch, aus der FPÖ eine „normale“ rechtsliberale Partei mit entsprechend internationaler Anerkennung zu machen), sind noch andere diskutiert worden. Die angebotenen Erklärungen für Sichrovskys Schritt reichen von Identifikation mit dem Aggressor über den symbolischen Mord am (antifaschistischen) Vater, Eitelkeit und Geltungsdrang bis hin zu ökonomischen Gründen. Insbesondere letztere Behauptung korrespondiert jedoch mit antisemitischer Stereotypenbildung. Oder hat bei nicht-jüdischen QuereinsteigerInnen in die Politik schon mal jemand vom Geld als Motiv gesprochen?*

Mitleid für Hitler

Der überwältigende Erfolg von Georges Taboris *Mein Kampf* in der Meldemannstraße

VON GERHARD SCHEIT*

Mit den Farcen von George Tabori verhält es sich wie mit der Dreigroschenoper von Brecht und Weill. Ihr Erfolg beim Publikum überwältigt sie – für jede ihrer Inszenierungen aber ist entscheidend, was sie der Überwältigung entgegensetzen kann. Der Ort, den sich die jüngste Aufführung von Taboris *Mein Kampf* (Regie: Hubsi Kramar und Tina Leisch) gewählt hat, bietet für diesen Kontrapunkt an sich günstige Voraussetzungen: das Männerheim in der Meldemannstraße, von dem auch einige Bewohner als Randfiguren der Handlung mitspielen. Aber sie kommen der Verfremdung nicht zugeute, denn die Mechanismen der Identifikation werden nicht gestört: Ort und Darsteller geraten der Inszenierung zum Milieu, mit dem das Publikum, das sich hier einfindet, ohnehin sympathisiert. Nur in einzelnen, nahezu improvisierten Auftritten wird das surrealistische Potential sichtbar; das professionelle Komödienspiel jedoch, das Taboris Text verwendet, bleibt davon weitgehend unbeeindruckt.

Hannah Fröhlich hat in ihrer Kritik das Wesentliche gesagt: die Produktion ist „nur zum Lachen (...) aber beklemmend ist sie nie.“ (*Augustin* Nr. 105/2002) So erweist sich vor allem die Darstellung Herzls gutgemeint im schlechtesten Sinn: Alexander Wächter fühlt sich ein und das Publikum fühlt

mit. Darin geht der Abstand zu jenen stereotypen Verhaltensweisen verloren, die Tabori vorführen möchte – und die zu distanzieren, ohne sich von ihnen zu distanzieren, die Intention seines Witzes wäre. Handelt es sich bei dem publizierten Text des Stücks um eine Übersetzung, die Jargon und Dialekt meist vermeidet (die Rede eher norddeutsch als wienerisch einfärbt), und steht Tabori dem Wiener Dialekt überhaupt ziemlich fremd gegenüber, so ist Herzls Rede in dieser Interpretation eine bewußte Mischung aus Wiener Dialekt und Anklängen ans Jiddische. Auch dadurch wird die Figur dem Publikum zu nahe gerückt: Es entsteht eine falsche Intimität – eine, die dem Gemeinschaftsgefühl der Schuldabwehr, wie es hierzulande die Generationen vereint, überaus entgegenkommt.

Die Einfühlung macht auch vor der Darstellung Hitlers nicht halt, der doch von Tabori als Vernichtungsmaschine angelegt ist, so lächerlich wie gefährlich, unerreikbaar für jede Regung – eine absolute Kunstfigur, die jenen Antisemitismus verkörpert, dem sich Herzl überall konfrontiert sieht. In ihrer Replik auf die Kritik von Hannah Fröhlich schreibt die Regisseurin: „Wir haben uns bemüht, in der Inszenierung Herzl und dem Publikum echtes Mitgefühl mit dem an der Akademie gescheiterten, mit den von den Mitbewoh-

nern verlachten, mit dem Nichtweinenkönnenden einzuflößen (...). Nicht die Identitätskrise des jungen Hitler im Männerwohnheim ist erbärmlich und lächerlich und schiach, sondern die menschenverachtenden rassistischen, antisemitischen und nationalistischen Identitätskonstrukte sind es, mit denen er die Krise überwindet.“ (*Augustin* Nr. 105/2002) *Mein Kampf* ist jedoch alles, nur kein naturalistisches Drama, das den jungen Hitler auf die Bühne bringt, ‚wie er wirklich gewesen ist‘. Als Farce verstanden zeigt das Stück immerhin, daß Hitler als dramatische Person gar nicht rekonstruiert werden kann; daß die Shoah eine solche historisierend humanistische Darstellung unmöglich macht. Statt diese innere Unmöglichkeit der Figur auszuspielen, wird die NS-Geschichte mit Filmprojektion und Musik dokumentarisch herbeigeholt – und damit die surreale Einheit des Ortes, die Tabori wahr, aufgegeben.

Was hingegen Herzls Freund Lobkowitz am Beginn bereits weiß und Herzl selbst erst am Schluß – die Inszenierung ignoriert es von Anfang bis Ende: Mitgefühl für Antisemiten ist für Juden „lebensgefährlich“. Auf dieser Ignoranz zu bestehen, bedarf es schon der Metaphorik von Tina Leisch: „aus den Scherben von Menschlichkeit, die der Nationalsozialismus hinterlassen hat, das Garn zu spinnen, um

damit den zerbrochenen Krug zu flicken“.

Damit ein schöner Theaterabend herauskommt, der die Scherben der Menschlichkeit alle wieder einsammelt, tanzen am Ende Herzl, Hitler und die anderen Figuren zu einem Lied von Mordechai Gebirtig – und das Publikum kann gar nicht anders: Spontan fällt es in ein rhythmisches Klatschen wie beim abschließenden Radetzky marsch des Neujahrskonzerts. Das ist der reale Surrealismus, wie ihn eine Gemeinschaft hervorbringt, die sich ihres Ursprungs nicht bewußt werden darf. Wer ihn sichtbar macht, wie Hannah Fröhlich, hat mit entgleisenden Reaktionen zu rechnen – so warf Hubsi Kramar der Kritikerin eine „verhetzende Antisemitismuskeule“ (*Augustin* Nr. 106/2002) vor. Unfreiwillig gibt sich im finalen Tanz mit dem Publikum (das Gegenteil des nach innen gewandten Schlusses bei Tabori) zu erkennen, daß die Vergangenheit der Opfer immer nur unter dem Gesichtspunkt falscher Versöhnung erinnert werden kann, solange mit dem Land der Täter nicht gebrochen wird.

*) Gerhard Scheit lebt als freier Autor in Wien. Zuletzt erschien von ihm das Buch *Die Meister der Krise* (Freiburg 2001).

Der Krieg gegen die Minderwertigen

Über ein halbes Jahrhundert hat es gebraucht, bis im April 2002 die Überreste von Hunderten von Kindern, die als „lebensunwertes Leben“ oder „minderwertige“ Menschen der Tötungsklinik „Am Spiegelgrund“ zum Opfer gefallen waren, begraben wurden. Das lange Ausbleiben dieses Begräbnisses und auch das einer intensiven Forschungsarbeit kann nicht zuletzt auf die gescheiterte Auseinandersetzung mit dem Thema zurück geführt werden. Eine Ausstellung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands am Spiegelgrund zeigt die Geschichte der NS Medizinverbrechen in Wien.

von Judith Götz*

*) Judith Götz studiert Komparatistik und Spanisch als ÜbersetzerInnenstudium in Wien.

Das heutige Sozialmedizinische Zentrum „Baumgartner Höhe – Otto Wagner-Spital“ ist niemandem mehr unbekannt, dennoch liegt die Vorstellung über die dort praktizierten Gräueltaten weit davon entfernt, im öffentlichen Diskurs aufgenommen zu werden. So benötigte es ebenfalls fast 60 Jahre, um die Geschichte der „Heil- und Pflegeanstalt für Geistes- und Nervenkranken Am Steinhof“ und späteren „Jugendfürsorgeanstalt Am Spiegelgrund“, sowie deren Funktion und das Ausmaß der dort betriebenen nationalsozialistischen Verbrechen ausführlich zu recherchieren und wissenschaftlich zu verarbeiten.

Der Pavillon V, eine Gedenkstätte der einstigen „Kinderfachabteilung“, die der Erfassung und Vernichtung behinderter Kinder diente, ist seit 15. Mai 2002 Schauplatz einer umfassenden Exposition, die sich mit weit mehr als Euthanasie auseinandersetzt. Einfache, nicht besonders aufwendige Ausstellungstafeln mit wenigen Bildern und einigen Ausschnitten aus einstigem Propagandamaterial liefern eine äußerst informative Beschreibung von Themen wie beispielsweise die Entwicklung des Steinhofs hin zur Tötungsklinik, der vor Ort betriebenen Grausamkeiten wie Zwangssterilisation und Eheverboten oder der Aktion „T4“, einem Massenmord an psychisch Kranken und Behinderten, nicht zuletzt

von der Amnestie der NS-MedizinerInnen, aber auch dem Widerstand, den es gegen die NS-Euthanasie gegeben hat, und weiteren, nicht weniger interessanten Aspekten. Eine Collage von Portraitfotos der einstigen, teils minderjährigen PatientInnen, illustriert die Varietät dessen, was in einem der wichtigsten NS-medizinischen Zentren, als „für die Reinigung des Volkskörpers“ und die daraus folgende Einlieferung in die Tötungsklinik notwendig angesehen wurde und so für die Marterung oder Ermordung im Namen der Wissenschaft freigegeben wurde.

Der wahrscheinlich einzige Überlebende des Pavillons V, Friedrich Zawrel, welcher als 10-jähriger Schüler auf Grund dessen, dass sein Vater Kommunist und Alkoholiker gewesen war, in die Tötungsklinik eingewiesen wurde, schildert in einem Zeitzeugenbericht nicht nur seine Erlebnisse der betriebenen Bestialität zur besagten Zeit, sondern auch seine wiederkehrenden Zusammenkünfte nach 1945 mit den ÄrztInnen, die einst die „Ausmerzungen“ von Behinderten, Geisteskranken, Angehörigen sozialer Randgruppen sowie jüdischen Kindern überhatten.

Dr. Heinrich Gross, ein Paradebeispiel der österreichischen NS-Medizin, dessen Karriere nach 1945 weiterging, veröffentlichte noch lange nach dem zweiten Weltkrieg zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten, de-

ren Grundlage abermals seine Forschungsarbeiten vom Spiegelgrund lieferten. Die Geschichte der NS-Medizinverbrechen ist lang, nicht nur weil sie noch so weit in die Gegenwart reicht, sondern gerade, weil ihre noch nicht stattgefundene Verarbeitung wieder aktuell geworden ist.

In einer Zeit, in der in Europa abermals die Entscheidung über lebenswertes und nicht lebenswertes Leben körperlich behinderter Personen, verpackt in den Namen der „aktiven Sterbehilfe“ und unter dem Vorwand der „Humanität“ in einem politischen Diskurs Platz findet, und beispielsweise in Holland sogar schon legalisiert wurde, besteht die absolute Notwendigkeit, sich mit dem Thema nicht nur in seinem historischen Kontext kritisch auseinanderzusetzen, sondern auch die Tendenzen moderner Medizin zu erkennen. Die Ausstellung liefert nicht nur einen äußerst wichtigen Beitrag in der öffentlichen Diskussion und Reflexion über Euthanasie, sondern bietet auch den Beginn einer längst fälligen Forschungsarbeit, die noch entfernt davon ist, an ein Ende gekommen zu sein.

Wer nicht lesen mag, der höre:
"Gedenkstätte Steinhof:
Ein Überlebender der
Tötungsklinik berichtet!"
→ siehe Seite 31

NS-Medizinverbrechen

Über 30.000 Todesfälle ungeklärt

In seinen Lebenserinnerungen beschreibt Elias Canetti seinen Blick auf das Psychiatrische Krankenhaus der Stadt Wien in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts: „Steinhof: von einer langen Mauer umgeben, innerhalb deren in früheren Zeiten Platz für Stadt gewesen wäre. Sie hatte ihren eigenen Dom, die Kuppel der Kirche von Otto Wagner glänzte bis zu mir herüber, die Stadt bestand aus vielen Pavillons, die aus der Ferne wie Villen wirkten. Seit ich in Wien war, hatte ich von Steinhof sprechen gehört, in dieser Stadt der Irren lebten sechstausend Menschen. Es war nicht eigentlich nah, schien aber doch sehr deutlich, ich versuchte mir einzubilden, daß ich zu den Fenstern in die Säle hineinschauen könnte.“¹ Der von Canetti beschriebene Blick auf das Psychiatrische Krankenhaus ist heute nicht mehr so eindeutig, die weiteren Geschicke der Anstalt nahmen einen schrecklichen Verlauf.

In den Jahren der Nazi-diktatur wird aus einem der fortschrittlichsten psychiatrischen Krankenhäuser seiner Zeit eine so genannte „Heil- und Pflegeanstalt“. Der Sinn eines Krankenhauses wurde dabei völlig ins Gegenteil verkehrt. Die PatientInnen wurden weder geheilt noch gepflegt, über 7.500 von ihnen wurden umgebracht. Das Psychiatrische Krankenhaus der Stadt Wien war die zweitgrößte

Tötungsklinik im „Dritten Reich“. Zu Beginn der 1940er Jahre wurden behinderte und psychisch kranke Menschen nach Hartheim (OÖ) transportiert und dort in einer Gaskammer ermordet, die Angehörigen wurden mit oft gefälschten Todesnachrichten getäuscht. Als sich in der Bevölkerung Widerstand gegen das Töten der Kranken regte, wurden sie nicht mehr deportiert, sondern direkt in den Spitälern umgebracht. Mit Medikamenten wurden die PatientInnen vergiftet, oder sie mussten qualvoll verhungern, die Lebensmittelrationen wurden für die „unnützen Esser“ auf ein Minimum reduziert. Der „Volkskörper“ sollte von diesen „Ballastexistenzen“ gereinigt werden. Vorsichtig geschätzt starben mindestens 30.000 Menschen in den Krankenhäusern der sogenannten „Ostmark“ oder in Hartheim. Wer an bestimmten Krankheiten wie Epilepsie, Schizophrenie, Huntington'sche Corea und körperlichen Missbildungen litt, blind oder taub war, wurde von den nationalsozialistischen Ärzten und Ärztinnen umgebracht. Nur wer arbeitsfähig war, hatte Chancen mit dem Leben davon zu kommen, allerdings wurde dann ärztlicherseits eine Zwangssterilisierung angeordnet. Bis heute sind diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit nahezu unbekannt, unerforscht und ungesühnt. Von

wenigen Einzelfällen abgesehen sind die genaueren Vorfälle heute kaum noch rekonstruierbar.

Ab 1940 wurde die Hälfte des entvölkerten Krankenhauses in eine Einrichtung der Jugendfürsorge umgewandelt. Diese neue Abteilung wurde Spiegelgrund genannt und verfügte auch über eine sogenannte Kinderfachabteilung, die in den Pavillons 15 und 17 untergebracht war. Was sich hier abgespielt hat, ist unvorstellbar und bis heute zum großen Teil ein gut gehütetes Geheimnis. Eine geregelte medizinische Versorgung der Kinder war nicht vorgesehen, dafür forschten die ÄrztInnen intensiv. Reihenweise wurden hier Kinder gequält und gefoltert, im Dienste der nationalsozialistischen medizinischen Forschung. Sobald die Forschungen am lebenden Menschen keine weiteren Ergebnisse brachte, wurde die Tötung eingeleitet. Am Spiegelgrund starben so mindestens 781 Kinder, sie wurden obduziert, ihre Gehirne und Organe für die weitere Forschung präpariert. Die leitende Pathologin seziierte genau nach den Wünschen der forschenden MedizinerInnen, in den bis heute erhaltenen Obduktionsprotokollen findet sich nie ein Hinweis auf eine unnatürliche Todesursache, das wurde vertuscht.

Tötungen und Forschungen waren „reichseinheitlich“ organisiert, koordiniert wur-

VON HANS ROHRBACH

Ausstellung:
Der Krieg gegen die „Minderwertigen“: Zur Geschichte der NS-Medizin in Wien.

Öffnungszeiten:
Dienstag und Mittwoch von 10:00 und 16:00 Uhr,
Freitag von 15:00 bis 18:00 Uhr.
Während der Schulferien geschlossen.

Anmeldung für Führungen und ZeitzeugInnenengespräche, während der Öffnungszeiten unter: Tel. 01-91060-11066 oder unter www.gedenkstaettesteinhof.at

den sämtliche Maßnahmen in der Euthanasiezentrale in der Reichskanzlei des Führers in Berlin. Auf eigenen Lehrgängen wurden die ÄrztInnen geschult, je nach Forschungsschwerpunkt wurden die PatientInnen zum Teil auf einzelne Einrichtungen verteilt. Auf den Spiegelgrund kamen so Kinder aus Hamburg, Gelsenkirchen, Bad Kreuznach und Izmir/Türkei, umgekehrt belieferte die Pathologie des psychiatrischen Krankenhauses die Universitätsklinik Heidelberg mit präparierten Gehirnen.

Mit dem Ende der Nazidiktatur war das Leiden und auch das Morden nur bedingt beendet, denn viele PatientInnen waren durch Hunger und Medikamentenmissbrauch so geschwächt, dass ihr Leben nicht mehr gerettet werden konnte. Auch nach der militärischen Zerschlagung des NS-Regimes durch die Alliierten Truppen ging das Sterben in den Spitälern für einige Monate weiter.

1946 saßen „die Kindermörder vom Steinhof auf der Anklagebank“². Der Hauptverantwortliche, Anstaltsleiter Illing, wurde wegen Meuchelmordes an Kindern zum Tod durch den Strang verurteilt, zwei ÄrztInnen wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt, von denen sie einige Jahre verbüßten. Danach war das Kapitel der NS-Euthanasie und NS-Medizin für die österreichische Öffentlichkeit vorerst nicht mehr von Belang. Nach 1945 kam es kaum zu personellen Veränderungen bei den MedizinerInnen im Psychiatrischen Krankenhaus. Die Forschung an den bis 1945 hergestellten Präparaten ging in der zweiten Republik bis 1978 weiter, wobei ihre Herkunft ver-

schleiert und verschwiegen wurde. Es wurde sogar eine eigene „Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft für Gehirnforschung“ gegründet.

Ab 1978 gab es wieder eine öffentliche Debatte über den Steinhof und den Spiegelgrund, was vorher ein unbewiesenes Gerücht, eine Vermutung war, schien sich zu bestätigen. „Ein Arzt aus der NS-Mörderklinik“³ wurde enttarnt. Der Prominente Gehirnforscher, Neurologe, Gerichtspsychiater Primarius Dr. Gross wurde von seiner Vergangenheit eingeholt. Die Vorfälle im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien während des „Dritten Reiches“ sorgten für Diskussionen. Doch die gesellschaftliche Stellung, die sich Heinrich Gross nach 1945 als etablierter Wissenschaftler und Mitglied in sozialdemokratischen Parteiorganisationen erarbeitet hatte, machten ihn vor einer gerichtlichen Verfolgung sicher. Trotzdem formierte sich eine „Arbeitsgemeinschaft kritischer MedizinerInnen“ und begann mit den ersten Recherchen. Gross, der im Nebenberuf Gerichtsgutachter war, versuchte die lästigen KritikerInnen mit einer Klage mundtot zu machen. Er verlor den Prozess und obwohl seine Involvierung in NS-Medizinverbrechen bewiesen wurde, kam es zu keiner Anklage. Auch wenn Gross' Kontakte in das Zentrum der politischen Macht ihm ermöglichten, sich einer Strafverfolgung zu entziehen, musste er Ende der 70er Jahre zumindest seine Gehirnforschungen beenden, auch als Primarius ging er in Pension. Seine Dienstwohnung im Psychiatrischen Krankenhaus durfte er hingegen behalten.

In einem Keller des Krankenhauses lagerten nach wie vor unzählige Gehirne, eingelegt in Formalin. Sie stammten von den im Pavillon 15 bis 1945 ermordeten und gestorbenen Kindern. Der Umgang mit diesen Gehirnen zeigt eine gewisse Hilflosigkeit im Umgang mit der NS-Vergangenheit. Zuerst wurde im Keller eine Marmortafel aufgehängt. Die Inschrift wies den Raum als Gedenkraum aus. Öffentlich zugänglich war er nicht und einige Gehirne wurden für weitere Forschungen auf die Seite gegeben.

1996 wurde das Verfahren gegen Prim. Heinrich Gross wieder aufgenommen, die Staatsanwaltschaft ermittelte und die Öffentlichkeit beschäftigte sich wieder intensiv mit den Vorfällen am Steinhof und am Spiegelgrund. Das Verfahren wurde jedoch eingestellt, weil der Angeklagte laut einem Gerichtsgutachten nicht verhandlungsfähig wäre.

Seit dieser Zeit beschäftigen sich HistorikerInnen intensiv mit den Vorfällen im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien. Im Mai 2002 wurden die verbliebenen Gehirne am Wiener Zentralfriedhof bestattet, wobei zur gleichen Zeit neue Präparate aus der NS-Zeit auftauchten, deren Herkunft derzeit geklärt wird. Die Recherchen gestalten sich schwierig, da nahezu sämtliche Unterlagen vernichtet wurden.

Heinrich Gross war im Oktober 2002 Gegenstand einer neuerlichen Verhandlung: Das Bezirksgericht Purkersdorf hat festgestellt, dass er sehr wohl rechtsfähig ist. Wird der Prozess gegen ihn nun wiederaufgenommen, oder wird er zivilrechtlich wegen Mordes geklagt?

1 Elias Canetti *Die Fackel im Ohr. Lebensgeschichte 1921–1930*. München: Hanser, 1980. S. 135.

2 *Neues Österreich* vom 16. 07. 1946.

3 *Kurier* vom 17. 01. 1978.

Short Cuts

VON STEPHAN GRIGAT

Christoph Burgmer: Das negative Potential. Gespräche mit Johannes Agnoli. Freiburg, ca ira-Verlag, 80 Seiten, 9,50 Euro

Agnoli führt aus, warum der Staat notwendigerweise ein Zwangsverhältnis darstellt, das für allerlei Dinge zu gebrauchen ist, aber ganz sicher nicht für die Emanzipation der Menschen von Herrschaft und Ausbeutung. In den vorliegenden Gesprächen, die als Nebenprodukt bei Arbeiten zu einem Film über Agnoli entstanden sind, wiederholt der emeritierte Professor für Politikwissenschaft ebenso geduldig wie unnachgiebig, „daß es nicht um die Humanisierung der Kapitalverhältnisse geht, sondern um deren Überwindung“. Gegen die heimtückische Frage, wo denn das Positive bleibe, favorisiert Agnoli die Kraft der Negation und der Subversion. In vier Interviews spekuliert er über eine mögliche „Modernisierung des Staates in Richtung eines autoritären Rechtsstaates“, erklärt, warum das Kapital über die Einführung einer Tobin-Steuer nur lachen würde, und erläutert, warum die biblische Eva die erste Verkörperung der Subversion war.

Sein Optimismus hinsichtlich der Widerständigkeit der abhängigen Massen, der zeitweilig an Realitätsverweigerung grenzt, findet sich auch in dem vorliegenden Band. Dass Menschen

vorherrschende Ideologien „mitmachen“, wenn sie doch gar keinen Vorteil davon haben und nicht mal den Namen dieser Ideologie kennen, hält er für „unmöglich“. Das liegt in erster Linie daran, dass, auch schon in früheren Schriften, jene grundlegende Gemütslage der nationalstaatlichen Warenmonaden, die sich permanent betrogen und übervorteilt fühlen, aber von einer Kritik der Ökonomie nichts wissen wollen, die einen diffusen Hass gegen „die da oben“ hegen, aber der Kritik der Politik und des Staates nichts abgewinnen können, bei Agnoli nicht Gegenstand der Kritik ist, sondern ganz im Gegenteil immer wieder als Beleg für die grundsätzliche Widerständigkeit der zum Dasein als variables Kapital Verdammten herhalten muss.

Initiative Sozialistisches Forum: Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie. 2., erweiterte Auflage, Freiburg, ca ira-Verlag, 200 Seiten, 13,50 Euro

Die Erstauflage dieser Textsammlung wurde in Context XXI bereits vorgestellt (2/01). Die nun vorliegende zweite Auflage wurde um drei Texte ergänzt. Die ISF dechiffriert den Hass auf Israel und auf den Zionismus als Resultat der allgemeinen

Unzulänglichkeiten der diversen Fraktionen der Linken. Sie klärt über das geschichtsphilosophische Wesen des Zionismus und über das Verhältnis von zionistischer Praxis und kommunistischer Kritik auf. Während der Parteikommunismus selbst noch nach dem Nationalsozialismus an seinem grenzenlos optimistischen und positiven Geschichtsverständnis festhielt, konstruiert sich Geschichte im Zionismus nicht „als Zu-sich-selbst-Kommen des Wesens, sondern als der historische Zusammenhang der Katastrophen und als Abwehr der kommenden. Die Zionisten handeln, als hätten sie sich der Bewahrheitung der ‚Geschichtsphilosophischen Thesen‘ Walter Benjamins verschrieben. In dieser negativen Geschichtsphilosophie ist der Materialismus dem Zionismus verwandt, wenn er auch so kontrafaktisch wie kategorisch, gegen alle Erfahrung und jeden Begriff, sich weigert, dessen These vom ‚ewigen Antisemitismus‘ sich zuzueignen.“

Die Aktualität der von der ISF entwickelten Thesen zur Kritik der antizionistischen Linken werden von Andreas Kühne und Andrea Woeldike anhand des Antisemitismusstreits beim „Freien Senderkombinat“, dem freien Radio in Hamburg, dargestellt. In der abschließenden Erklärung der „Bahamas“-Redaktion wird nochmals der Versuch un-

ternommen, die kommunistische Intention der Israel-Solidarität theoretisch zu begründen und auf einige der gängigen Kritiken an einer linksradikalen Solidarität mit dem Staat der Shoah-Überlebenden zu antworten: „Wenn in der *Bahamas* von den Palästinensern als von dem ‚derzeit wohl aggressivsten antisemitischen Kollektiv‘ gesprochen wurde, dann ist dies, genauso wie die Rede von ‚den Deutschen‘ oder der ‚deutschen Volksgemeinschaft‘, mitnichten eine positive, klassifizierende Eigenschaftszuschreibung oder gar, wie einem in böswilligem Unverstand vorgehalten wird, eine ‚rassistische‘ Qualifikation. Es handelt sich dabei vielmehr darum, einen kritischen Begriff von Verlaufsform und Resultat völkischer Mobilmachung zu gewinnen, bei der nur noch das bedingungslose Mitmachen zählt und die schließlich eine Gesellschaft hervorbringt, die sich nicht mehr nach einander entgegengesetzten Partikularinteressen, Klassen und Fraktionen sortiert (...). So ist es also vielmehr die emphatische Rede vom ‚unterdrückten‘ und ‚kämpfenden‘ ‚Volk‘, die diesen barbarischen Mechanismus geistig verdoppelt.“ Leider ist kaum anzunehmen, dass solche Ausführungen irgendeinen oder irgendeine der auf Antirassismus machenden Antizionisten oder Antizionistinnen überzeugen wird.

Ein mittelalterliches jüdisches Reich

Ein neues Buch über die Juden des Chasaren-Reiches gibt den aktuellen Stand der Forschung über die Anfänge des osteuropäischen Judentums wieder.

VON THOMAS SCHMIDINGER

Kevin Alan Brook:
The Jews of Khazaria
Jason Aronson Inc.
Nortzvale / New Jersey /
Jerusalem, 2002
Preis: EUR 22,90

Das mittelalterliche Reich der Chasaren im Süden des heutigen Russland, der Ukraine und im Nordkaukasus, stellt einen der am meisten ignorierten Bereiche der mittelalterlichen Geschichte Osteuropas dar. Dabei wäre dieses von einer turksprachigen Bevölkerung regierte multiethnische Reich von besonderem Interesse, stellte es doch den einzigen europäischen Staat dar, der von einem jüdischen Herrscherhaus regiert wurde. Die spärlichen Quellen über dieses Reich zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer bezeugen, dass vom 7. Jahrhundert n.u.Z. bis ins 11. Jahrhundert hinein hier ein blühendes Gemeinwesen existierte, das nach der Konversion des regierenden Kagans Bulan in der Mitte des 8. Jahrhunderts

zum rabbinischen Judentum zu einem Zentrum jüdischer Religion und Kultur wurde. Unter jüdischer Herrschaft lebten im Reich der Chasaren Juden, Christen und Muslime weitgehend unbehelligt nebeneinander, was im damaligen Europa ein Unikum darstellte. Die Kunde von der Existenz eines jüdischen Reiches erreichte schließlich als Gerücht die iberische Halbinsel. Heute noch stellt ein Briefwechsel des spanischen Juden Chasdai Ibn Shafut mit dem chasarischen König Joseph, in dem dieser über die Existenz eines jüdischen Reiches befragt wurde, ein zentrales Dokument für die Geschichtsschreibung über das Chasaren-Reich dar.

War diese Geschichtsschreibung lange von sowjetischen HistorikerInnen wie

Swetlana Pletnjowa dominiert, so ist nun mit dem Buch von Kevin Alan Brook ein neues zusammenfassendes Werk erschienen, das den augenblicklichen Stand der Forschung gut wiedergibt und das somit für alle, die sich für die frühe Geschichte des osteuropäischen Judentums interessieren, zum Standardwerk werden dürfte.

The Jews of KHAZARIA



KEVIN ALAN BROOK

Vor Erdogan

Der überwältigende Wahlsieg der postislamistischen AKP in der Türkei hat die Augen der Weltöffentlichkeit wieder einmal auf die politischen und gesellschaftlichen Umgestaltungsprozesse in der türkischen Gesellschaft gelegt.

VON THOMAS SCHMIDINGER

Wenn auch seither keine aktuellen Veröffentlichungen zum politischen Islam in der Türkei erschienen sind, so gibt es doch einige gute wissenschaftliche Aufarbeitungen des Phänomens aus den letzten Jahren. In der Reihe „Beiruter Texte und Studien“, herausgegeben vom Orient-Institut der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft, sind in den letzten Jahren einige wissenschaftliche Arbeiten über den politischen Islam in der Türkei erschienen. Besonders hervorzuheben sind dabei die Arbeit von Günter Seufert und der von Barbara Pusch herausgegebene Sammelband zur „neuen muslimischen

Frau“ in der Türkei. Seufert gelang es in seiner 1997 erschienen Arbeit ein umfassendes Werk über den islamistischen Diskurs und die islamistische Bewegung in der Türkei vorzulegen, die auch kritische Themen, wie den Antisemitismus islamistischer Bewegungen oder den Bezug auf eine türkisch-muslimische Volksgemeinschaft nicht aussparen. In Puschs Sammelband nähern sich überwiegend türkische Autorinnen dem Verhältnis von Frauenbewegung und politischem Islam und der Rolle muslimischer Frauen in der gegenwärtigen Türkei an. Ergänzt wird dies noch durch Beiträge zum rechtli-

chen Status iranischer Frauen, zum islamischen Frauenaktivismus in Dänemark und zu alevitischen und sunnitischen Studentinnen in Deutschland.

Wenn auch beide Bücher die aktuelle Entwicklung nicht mehr beinhalten können, so bieten sie eine Fülle interessanter Hintergrundinformationen, die die Einschätzung der politischen Entwicklung nach der Spaltung des islamistischen Lagers in eine „islamische Volkspartei“ und eine traditionalistisch-islamistische Partei und dem Wahlsieg der ersteren um AKP-Parteichef Recep Tayyip Erdogan, erleichtern können.

Günter Seufert:
 Politischer Islam in der Türkei
 Islamismus als symbolische
 Repräsentation einer sich
 modernisierenden muslimischen
 Gesellschaft
 Beirut Texte und Studien,
 Bd. 67
 Franz Steiner Verlag Stuttgart
 Istanbul, 1997

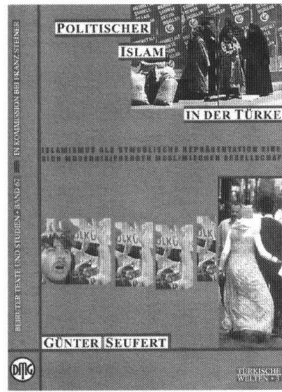
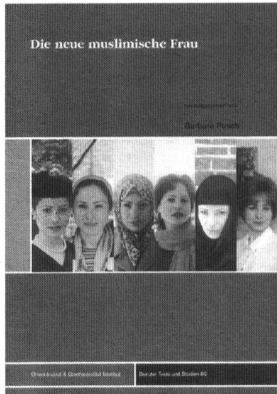


Foto: Stella Puig-Waldmüller



Barbara Pusch (Hg.):
 Die neue muslimische Frau
 Beirut Texte und Studien,
 Bd. 85
 Ergon Verlag Würzburg
 Istanbul, 2001

Armeeabschaffungswein

Preis pro Flasche

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

- ___ Flaschen WEINVELTLINER Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gerebelt 3,60
- ___ Flaschen WEINZWEIGELT Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt 3,60

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ, Ernte für das Leben

- ___ Flaschen WEINCHARDO Chardonnay, trocken, fruchtig 6,90
- ___ Flaschen WEINRIESLING Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein 6,50
- ___ Flaschen WEINPINOTNOIR Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein 6,90
- ___ Flaschen WEINBLAUER Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein 6,50
- ___ Flaschen WEINSTEFANIE Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner 13,80
- ___ Flaschen WEINROSE Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser 13,80
- ___ Flaschen WEINGLÖGER Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung 14,20

Bei Versand: zuzüglich 20% Versandkosten

T-Shirts, Präserln, Feuerzeuge, Anstecker

Einzelpreis

- ___ Stück Größe ___ T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL und XXL 8,80
- ___ Stück Größe ___ T-Shirt „kein mensch ist illegal“, L und XL 8,80
- ___ Pkg. PRÄSERL Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück 1,50
- ___ Stück ANSTECKER Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“ 1,80
- ___ Stück BROSCHÜRE Broschüre „Ratgeber Wehrdienstverweigerung“ (Zivildienst u.a.) 3,60
- ___ Stück PLAKAT Plakat „Wenn wir groß bin, werde ich Totalverweigerer!“ nur Versandkosten

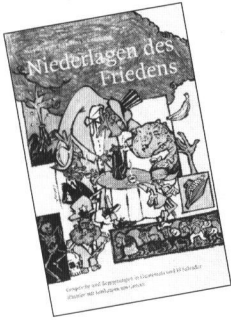
Ich interessiere mich für die **Friedensteuer** – senden Sie mir den Faltprospekt mit näheren Informationen zu!

abholen oder bestellen 01-5359109

Faxbestellung 01-5327416

Das Abo-Geschenk

NeuabonentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der nachstehenden Bücher/CDs. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



Mary Kreutzer ★ Thomas Schmidinger: **Niederlagen des Friedens.** Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador. edition wabler, 162 Seiten.



Komm, Süßer Tod
Sofa Surfers – Soundtrack – Filmdialoge

- Wolf Haas: **Komm, süßer Tod. Roman.** Rowohlt, 223 Seiten.
- Immanuel Wallerstein: **Das moderne Weltssystem II – Der Merkantilismus,** Promedia, 430 Seiten.
- Diverse: **etwas besseres als europa** (CD)

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht rechtzeitig vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise

Österreich Sonderabo	22,- Euro
Österreich Normalabo	33,- Euro
Ausland	38,- Euro
Übersee	44,- Euro
Förderabo	66,- Euro



Das **Sonderabo** ist für Arbeitslose, MigrantInnen, StudentInnen und all jene gedacht, die sich das Normalabo nicht leisten können oder wollen. **Ein Umstieg von Normalabo auf Sonderabo ist jederzeit möglich.** E-Mail genügt!

Bestellschein bitte senden (faxen) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

- Normalabonnement
- Sonderabonnement
- Förderabonnement
- Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI**
ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Als Abo-Geschenk wähle ich
(falls gewünscht bitte aus obigen An-
boten auswählen):

ConInfo – Mailinglist

- Ich bin AbonnentIn oder bestelle nebenstehend ein Abo und möchte in die Mailinglist **ConInfo** aufgenommen werden.

Meine e-Mail-Adresse:

Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

Einzelpreis

___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	3,-
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Doppel-Nr.	5,-
___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	2,50
___ Stück	CON01078	Broschüre: Siegfrieds Köpfe – Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus an der Uni ...	9,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	5,50
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ...	5,50
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHREnd – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	5,50
___ Stück	CDEUROPA	CD: etwas besseres als europa	6,-

Besteller/in:

Datum: Unterschrift:

präsentation der context xxi nummer mit dem schwerpunkt sexualität



djs:
dj resista
zwitter-
maschine
DJ.rtf
vjs:
no*signal

14. 01. 2003 ab 21 h --- wirr. burggasse 70 --- free entry

Radio Context XXI

Äxte gegen Technokraten

Über den nubischen Widerstand gegen den Kajbar-Staudamm.

Montag, 20. Jänner 2003: 10h Radio Helsinki 92,6 – 13h Radio Orange 94,0 – 23h Radio Agora 105,5

Niederlagen des Friedens. Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador

Buchpräsentation sowie anschließende Diskussion im Depot, Oktober 2002. Ein politisches Reisebuch, das nicht nur von den Grauen der Diktaturen, des Militarismus und der Repression berichtet, sondern sich auch kritisch mit ideologischen Versatzstücken der Linken wie Nationalismus, Antiamerikanismus, Antisemitismus und Rassismus auseinandersetzt und nicht zuletzt deswegen für Empörung in Teilen der Guatemala-Solidarität hierzulande sorgte. (Niederlagen des Friedens. Von Mary Kreuzer und Thomas Schmidinger, mit Karikaturen von Camoch. Edition Wahler, Grafenau 2002. ISBN: 3-9808498-0-5)

Montag, 27. Jänner 2003: 10h Radio Helsinki 92,6 – 13h Radio Orange 94,0 – 23h Radio Agora 105,5

Gedenkstätte Steinhof: Ein Überlebender der Tötungsklinik berichtet

Im Rahmen der Ausstellung *Der Krieg gegen die "Minderwertigen"* erzählt Friedrich Zawrel, wie er als 10-jähriger Schüler in die Tötungsklinik am Steinhof eingewiesen wurde. Das Thema der Sendung ist nicht nur von historischem Interesse, sondern auch von Bedeutung für die aktuelle politische Debatte in Europa wo unter dem erneuten Vorwand einer „menschlichen Politik“ die Euthanasie durch die Hintertür wieder eingeführt werden soll. Im zweiten Teil berichtet Friedrich Zawrel über seine letzten Tage am Spiegelgrund und über die Zeit nach 1945, als sein Leben an den Kontinuitäten der postfaschistischen Demokratie in Österreich immer wieder zu scheitern drohte.

Teil 1: Montag, 3. Februar 2003: 10h Radio Helsinki 92,6 – 13h Radio Orange 94,0 – 23h Radio Agora 105,5

Teil2: Montag, 10. Februar 2003: 10h Radio Helsinki 92,6 – 13h Radio Orange 94,0 – 23h Radio Agora 105,5

Alle Sendungen wurden von der Ökologischen Linken Wien (ÖKOLI) gestaltet: www.oekoli.cjb.net.

Alle Sendungen stehen auch auf der Context XXI-Website als RealAudio-Dateien zur Verfügung:

<http://contextxxi.mediaweb.at/radio/FRRadio.html>.

Informationen zum Antrag
für einen Untersuchungsausschuss
des Europäischen Parlaments,
der Vorwürfe über die
**illegale Verwendung
von Zahlungen
an die
Palästinensische Autonomiebehörde
für Terroristen**
untersuchen soll:

→ www.ilka.org/themen/naherosten



ilka schröder mdep



GUE/NGL

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT